

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Eckhard Uhlenberg: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, 8. Sitzung des Landtages von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **vier Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir haben heute in unserem Kreis zwei Geburtstagskinder, die ich herzlich begre. **Ge-burtstag** feiert heute Herr **Dr. Gerd Hachen** von der Fraktion der CDU, der 58 Jahre alt wird.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlichen Glückwunsch und alles Gutes im Namen der Kolleginnen und Kollegen!

Es trifft sich sehr gut, dass wir heute ein zweites Geburtstagskind haben. Auch der Finanzminister, Herr **Dr. Walter-Borjans**, hat heute Geburtstag. Wie es der Zufall will, wird auch er 58 Jahre.

(Allgemeiner Beifall)

Beide Herren sind also heute vor 58 Jahren geboren. Ich wünsche auch Ihnen alles Gute im Namen aller Kolleginnen und Kollegen für das neue Lebensjahr.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Tagesordnungspunkt

1 Integrationsprobleme ernst nehmen

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/168

Die Fraktionen der CDU und der FDP haben mit Schreiben vom 13. September 2010 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der obigen aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden CDU-Fraktion dem Abgeordneten Solf das Wort. Herr Solf, Sie haben das Wort.

Michael Solf (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Schwierigkeiten mit der Integration sind – hier irrt der „Spiegel“ – zunächst kein Staatsversagen. So einfach ist die Sache nicht. Hier zwei Beispiele!

Ein lokales Beispiel stammt aus Mönchengladbach. Dort gibt es seit Jahren eine kleine, durch die salafistische Form des Islam geprägte Gemeinde, in der an herausgehobener Stelle auch deutsche Konvertiten wirken. Diese Gruppe droht jetzt Zuwachs zu bekommen, und zwar von einer wohl zu Recht bel beleumdeten ähnlichen Gruppierung aus Braunschweig. So weit, so schlecht.

Nun kann man aber vor Ort beobachten, wie leicht es ist, Schaden anzurichten. Dabei ist Mönchengladbach eine Stadt mit beispielhaften Integrationsbemühungen. Dennoch gerät durch den Zuzug einer kleinen Gruppe von Radikalen scheinbar alles in Schiefelage. Die größte Regionalzeitung lässt keine Gelegenheit aus, die Sorge der Anwohner zu schüren. Gleichzeitig predigt sie aber in ihren Leitartikeln, doch – ich zitiere – die Kirche im Dorf zu lassen. Die Nachbarn und Anwohner beginnen zu demonstrieren. Sie tun das überwiegend verantwortungsvoll, aber die Grenze zur Hysterie ist bei einigen nahe.

Unter den Muslimen wiederum ist mancher, der mit der salafistischen Einrichtung überhaupt nichts zu tun haben will, der aber nun Sorge hat, dass sich die Demonstrationen gegen den Islam an sich richten. Verunsicherung und Misstrauen greifen um sich. So leicht können Risse in dem feingewebten Gespinnst der Integration entstehen.

Das zweite Beispiel, das bundesweite, ist natürlich die Causa Sarrazin. Dabei ist vieles, was Sarrazin aufschreibt, richtig. Seine oft schonungslose Beschreibung dessen, was ist,

(Zurufe von der LINKEN: Oh!)

könnte ja Basis für eine öffentliche Debatte sein, was besser gemacht werden müsse. Aber er selbst zerstört das Fundament, das er legt. Er benennt Probleme, gibt aber keine Lösungsansätze. Er macht Armutsprobleme zu Integrationsproblemen. Er schürt Ängste. Und seine vulgär-darwinistischen, seine biologistischen Scheinanalysen entwerten alles, was er schreibt. Sein Menschenbild ist nicht christlich-human.

(Beifall von der CDU, von der SPD und von den GRÜNEN)

Mönchengladbach und die Causa Sarrazin haben etwas gemeinsam: Beide erschweren es den Verantwortungsvollen, die Dinge beim Namen zu nennen und ernsthaft nach Lösungen zu suchen. Sie produzieren Nebel, und damit wächst die Gefahr, dass wir uns verirren.

Wo steht nun die Landesregierung in diesem Nebel? Im Koalitionsvertrag ist der Integration eine einzige von 89 Seiten gewidmet – 45 Zeilen für ein zentrales Zukunftsthema dieser Gesellschaft. Und dazu ein fatales Zeichen: Die Querschnittsaufgabe Integration für die Zukunft unserer Gesellschaft, diese Querschnittsaufgabe war fünf Jahre lang an zentraler

Stelle mit den anderen Querschnittsaufgaben für die Zukunft unserer Gesellschaft im Ministerium von Armin Laschet verortet; diese sinnvolle Zuordnung hat man jetzt zerschlagen, und die Integration landet im Ministerium für Arbeit und Soziales – von der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zum Anhängsel der Themen „Arbeitsmarkt“ und „Soziale Sicherung“, vom deutschen Bürger mit Zuwanderungsgeschichte hin zum Gastarbeiter der 60er-Jahre. Diese Verengung ist fatal.

Was steht nun im Koalitionsvertrag, in den mickrigen 45 Zeilen? Irgendwo in der Mitte gibt es ein schwächliches Bekenntnis zur interfraktionellen Integrationsoffensive der letzten fünf Jahre, die doch so gut gearbeitet hat. Ansonsten fällt man in alte Sichtweisen zurück. Die Einführung des Ausländerwahlrechts sei das Wichtigste – mit diesem Passus beginnen die 45 Zeilen. Einmal abgesehen von verfassungsrechtlichen Zweifeln – siehe Schleswig-Holstein –, sind Rot und Grün damit bestimmten türkischen Regierungskreisen und deren Funktionären hier zu willen. Das Ziel, dass wir alle gemeinsam als deutsche Staatsbürger unterschiedlicher Herkunft unser Land weiterentwickeln sollten, tritt bei Ihnen völlig in den Hintergrund. Es wird abgelöst von einer Klientelpolitik für potenzielle Wähler.

Die ersten Schritte des neuen Ministers und seiner meist unsichtbaren Staatssekretärin waren logischerweise wenig überzeugend. Zwei Beispiele!

Erstens. In Mönchengladbach haben Sie sich weggeduckt. Als dort die Schwierigkeiten begannen, hat meine Mitarbeiterin im Ministerium angefragt: Dürften wir mit einer Stellungnahme des Ministers rechnen? – Die Antwort lautete: Damit hat dieses Ministerium nichts zu tun; das ist etwas für das Innenministerium und den Verfassungsschutz. – Was soll man dazu noch sagen? Am Ende hat es dann mehr als 14 Tage gedauert, ehe der Herr Minister geruhte, sich zu äußern.

Zweitens. Als die Medien ihn dann endlich bestellt hatten, nannte er auf die Frage, was man denn tun könne, unter anderem – da hatte er völlig recht – die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an unseren staatlichen Schulen. Dass es den noch nicht gebe, sei ein Versäumnis der alten Landesregierung. – Das, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist entweder ein schlagender Beweis für die Unkenntnis dieses neuen Ministers oder ein schlagender Beweis für Perfidie!

(Beifall von der CDU)

Denn jeder, der sich auch nur ein bisschen mit dieser Frage beschäftigt hat, weiß, dass es bestimmte Vertreter in bekannten Organisationen waren, durch die das Projekt „Islamischer Religionsunterricht“ auf der Islamkonferenz in Berlin maßgeblich ins Stocken geraten ist – ich kann nur hoffen: nicht endgültig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei der Integration können wir nur Erfolg haben, wenn wir die Tatsachen ehrlich und leidenschaftslos betrachten, wenn wir allen Beteiligten die Wahrheit sagen, immer respektvoll, aber ohne falsche Rücksichtnahme. Und wir müssen handeln, auch da, wo es uns nicht leichtfällt. Unsere Feinde sind Angst, Hysterie und Übertreibung, aber auch das Weggucken und das Unter-den-Teppich-Kehren.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir müssen die Probleme erkennen, benennen und Maßnahmen zur Lösung ergreifen. Wir müssen das sachlich, nüchtern und ohne zu große Emotionalität tun. Und wir werden einen langen Atem brauchen.

Ich fürchte, dass die neue Minderheitsregierung die Bedeutung ihrer Aufgabe nicht verstanden hat. Sie behandelt Menschen mit Zuwanderungsgeschichte unter arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Fragestellungen. Sie degradiert sie damit und sieht offenbar nicht, dass es sich bei ihnen um einen aktiven Teil unserer interkulturellen Gesellschaft handelt. Sie weicht den Problemen aus und redet Funktionären nach dem Mund. Die Minderheitsregierung gibt sich alle Mühe, dem Vorwurf des „Spiegel“ recht zu geben. Wir müssen uns Sorgen machen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Solf. – Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Romberg das Wort.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den vergangenen Wochen gab es kein Thema, das die Menschen in Deutschland mehr aufgewühlt hat, als das Buch des Noch-SPD-Mitglieds Thilo Sarrazin.

Seitdem dominiert eine heftige Debatte über seine Thesen zur Integrations- und Einwanderungspolitik die Schlagzeilen. Kritisiert wurde bislang nicht nur die Behauptung Sarrazins, besonders Muslime seien unfähig und unwillig, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, sondern auch die Art und Weise.

Sarrazin versucht, die gesellschaftlichen Entwicklungen vor allem auf biologische Veranlagungen zurückzuführen. Derartige Aussagen sind absurd und der Sache sicher überhaupt nicht dienlich.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU und von der SPD)

Die breite Unterstützung in der Bevölkerung für den provokanten Integrationskritiker begründet sich vor allem in einem: Er hat es gewagt, Probleme bei der Integration zu thematisieren, die viele Menschen bei uns beschäftigen und ihnen auch Angst machen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Aber wie!)

Fakt ist, dass in Deutschland und gerade in Nordrhein-Westfalen die Notwendigkeit integrationsfördernder Maßnahmen lange Zeit übersehen worden ist. Die deutsche Zuwanderungspolitik ist in der Vergangenheit von Fehleinschätzungen – übrigens in allen politischen Lagern – geprägt worden. Es war eine Fehleinschätzung, Deutschland lange Zeit überhaupt nicht als Einwanderungsland zu begreifen. Es war eine Fehleinschätzung, die Bildung von Parallelgesellschaften als multikulturelle Bereicherung zu verstehen, die sich irgendwie schon von selber in das Gesellschaftsbild einfügen würden.

Fakt ist auch, dass die Menschen in Deutschland verunsichert sind. Die kontroverse Diskussion zeigt uns vor allem zwei Punkte: Erstens muss es erlaubt sein, Missstände auch offen anzusprechen und dafür nicht gleich irgendwie geächtet zu werden. Zweitens. Integration muss gefördert, aber eben auch eingefordert werden; es ist keine Einbahnstraße

(Beifall von der FDP)

Gleichzeitig darf man nicht vergessen, dass sich die Mehrheit der zugewanderten Menschen hier gut integriert hat und das Land bereichert. Viele gute Beispiele gibt es überall: ob in der Politik, im Handwerk – bis hin zu unserer Fußballnationalmannschaft, wo Fußballhelden von Podolski bis Özil im Sommer manchen begeistert haben.

Die Integration von Zuwanderern ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Für mehr als jeden fünften Einwohner in Nordrhein-Westfalen ist Migration Teil der eigenen und familiären Identität. Dabei gelingt Integration vor allem über Bildung und Arbeitsmarkt. Angesichts einer älter werdenden Bevölkerung helfen erfolgreich integrierte Menschen, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, aber auch die Zukunftsfähigkeit der Sozialsysteme zu sichern.

Die Arbeitslosenquote von Ausländern ist zwar rückläufig, liegt aber weiterhin fast doppelt so hoch wie die der deutschen Bevölkerung. Migranten finden schwerer Zugang zum Arbeitsmarkt. Wesentlicher Grund dafür sind vor allem fehlende oder unzureichende, aber auch unzureichend genutzte oder anerkannte berufliche Abschlüsse und Qualifikationen. Hierfür gibt es viele Beispiele.

Da gibt es zum Beispiel die in Russland geborene Irina Bier. Sie hat, bevor sie nach Deutschland kam, als Diplom-Ingenieurin – ihr Spezialgebiet ist Hydrotechnik – bei einem Energiekonzern gearbeitet. In Deutschland findet die 43-Jährige trotz mehrerer deutscher Weiterbildungen keinen Job. Es geht ihr wie vielen ihrer Bekannten, die mit einem solchen Diplom als Taxifahrer oder Reinigungskraft arbeiten.

An eine Bewerbung in ihrem Beruf kann auch die aus Pakistan stammende Ayesha Hamdani nicht denken. Sie ist gelernte Ärztin und bekommt ihren Abschluss in Deutschland noch nicht einmal teilweise anerkannt. Als Begründung wurde ihr gesagt, dass dieser in einem Land der Dritten Welt erworben worden sei. Eine Prüfung wie zum Beispiel in Spanien kann sie in Deutschland nicht ablegen. Ist ihr zumutbar, das ganze Studium zu wiederholen? Können wir uns das bei dem schon jetzt vorhandenen Ärztemangel, auch hier in Nordrhein-Westfalen, überhaupt leisten?

Laut Statistik des Bundesarbeitsministeriums arbeitet jeder zweite in Deutschland beschäftigte Einwanderer mit einem ausländischen Abschluss unterhalb seiner Qualifikation. Nach einer Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen hat jeder vierte Arbeitslosengeld-II-Bezieher ausländischer Herkunft in seiner Heimat einen Berufs- oder Hochschulabschluss erworben, der in Deutschland nicht anerkannt wird. Ohne Anerkennung ihres Abschlusses gelten sie als ungelernete Arbeitskräfte. Diesen Umgang mit Fachkräften können wir uns nicht weiter leisten; denn aktuell werden in Deutschland 600.000 Fachkräfte gesucht, Tendenz steigend.

Daher sprechen wir uns für eine leichtere Anerkennung ihrer Ausbildungen aus. Wir sind auf die Fachkräfte aus dem Ausland dringend angewiesen. Deshalb ist es dringend geboten, endlich für eine zeitnahe Anerkennung oder zumindest Teilanerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse zu sorgen.

Die FDP begrüßt ausdrücklich, dass die Bundesregierung dieses Problem angepackt hat. Schon im vergangenen Dezember hat sie ein Eckpunktepapier vorgelegt, das spätestens im nächsten Jahr Gesetz werden soll. Geplant sind etwa der Anspruch auf ein Anerkennungsverfahren, verbesserte Beratung und Qualifizierungsmaßnahmen.

Die Industrie- und Handelskammern planen, eine Zentralstelle für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse einzurichten. Dies ist der richtige Weg.

In Nordrhein-Westfalen hat die christlich-liberale Koalition nach ihrer Regierungsübernahme 2005 viele erfolgreiche Maßnahmen ergriffen, um zugewanderten Menschen die Teilnahme am öffentlichen Leben zu erleichtern und ihren beruflichen Aufstieg in der neuen Heimat zu unterstützen.

Die wahrscheinlich wichtigste Maßnahme war der Ausbau der Sprachförderung. Die frühkindliche Sprachförderung vor der Einschulung wurde verbindlich ausgestaltet, und eine Sprachstandsfeststellung für Kinder ab vier Jahren wurde eingeführt. Diese Faktoren wirken in dieser Gesellschaft natürlich erst in Jahrzehnten. Diese Geduld müssen wir aufgrund der Fehler in der Vergangenheit leider aufbringen.

Besonders für Kinder mit Migrationshintergrund ist es wichtig, dass sie so früh wie möglich in eine Kita gehen, damit sie die Sprache und die hiesige Kultur kennenlernen. Je früher die Kinder mit der Sprache konfrontiert werden, desto leichter fällt ihnen das Erlernen. Um dafür noch gezielter Anreize zu schaffen, müssen wir darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoller wäre, nicht das letzte, sondern das erste Kindergartenjahr beitragsfrei zu gestalten,

(Beifall von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE])

zum Beispiel mit einem Gutschein für ein beitragsfreies Kindergartenjahr nach Wahl.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter.

Dr. Stefan Romberg (FDP): So könnten wir allen Eltern der Zwei- bis Dreijährigen einen Anreiz geben, ihre Kinder frühzeitig in eine Kindertageseinrichtung zu geben. Eine Wahlmöglichkeit und eine finanzielle Entlastung für alle Familien in diesem Land wären gut für alle Eltern und Kinder. Denn dass Integration gelingt, ist wichtig für uns alle, da es den Zusammenhalt der Gesellschaft sichert. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und von Klaus Kaiser [CDU])

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. – Für die SPD hat Frau Abgeordnete Gebhard das Wort.

Heike Gebhard (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Solf, Ihre Einlassungen zu Beginn Ihrer Rede haben leider ein wenig den Blick darauf verstellt, um was es hier eigentlich geht. Ich war ein Stück weit enttäuscht, dass Sie einerseits fordern, das Thema in aller Sachlichkeit zu diskutieren, keine Ängste zu schüren und keine Hysterie zu entfachen, dass aber andererseits der einzige Grund, warum Sie das Thema hier und heute ansprechen, war, nachzuweisen, dass die neue Landesregierung bei dem Thema nicht richtig aufgestellt sei. Das ist schade. Damit haben Sie den Rest Ihres Beitrags doch sehr belastet und abgewertet.

Die Beispiele, die Sie dazu genannt haben, waren meines Erachtens mehr als untauglich. Die Salafisten sind in der Tat ein Fall für den Verfassungsschutz. Vor dem Hintergrund, dass insbesondere deutsche Konvertiten dort ihr Unwesen treiben, bekommt das noch einmal eine ganz andere Facette.

Wir haben vor zwei Tagen bei der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin gehört, dass Integration für diese neue Landesregierung ein wichtiges Thema ist. Auch der Fraktionsvorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, Herr Römer, hat in seiner gestrigen Rede auf die Bedeutung dieses wichtigen Themas hingewiesen. Ich halte es für wichtig, dass wir uns gemeinsam dieses Themas in aller Sachlichkeit annehmen. Und ich hoffe sehr, dass wir dieses Thema nicht nur dann aufgreifen, wenn es gerade einen entsprechenden Medienhype gibt, sondern es auch dann noch aktuell halten, wenn es in den Medien wieder abgeebbt ist.

(Zurufe von der CDU)

– Ich werfe Ihnen das persönlich überhaupt nicht vor, völlig klar. Aber der Schlenker vorhin war völlig überflüssig. Das sollten Sie mich an der Stelle sagen lassen.

Sie haben diese Aktuelle Stunde beantragt und die Aktualität des Themas begründet mit einem Artikel im „Spiegel“ vom Montag mit dem Titel „Das Staatsversagen – Warum Deutschland an der Integration scheiterte“. Aktuell ist dieses Thema schon seit 40 Jahren.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich hoffe, wir sind uns einig, dass dieses Thema aktuell bleiben muss. Die Autoren – darauf haben Sie hingewiesen – versuchen in diesem Artikel nachzuzeichnen, welche Chancen in den letzten 40 Jahren nicht genutzt wurden. Sie bescheinigen uns Parteien unisono, in der Integrationspolitik versagt zu haben.

Ja, in der Tat waren wir in Deutschland ca. 30 Jahre damit beschäftigt, zu klären, ob die ausländischen Arbeitnehmer und die ihnen nachfolgenden Familien nur unsere Gäste sind oder auf Dauer bei uns bleiben. Tatsächlich – ich bin Herrn Dr. Romberg für diesen Hinweis sehr dankbar – haben wir uns eine Diskussion geleistet, ob wir ein Einwanderungsland sind oder nicht. Erst die positive Beantwortung dieser Frage ermöglichte eine positive, bejahende Integrationspolitik.

Wie Ihr Antrag für diese Aktuelle Stunde belegt, geht Ihnen dieses früher auch so böse Wort inzwischen ganz gut aus dem PC und über die Lippen. Herr Kollege Laschet, Sie haben schon in verschiedenen Interviews eingeräumt, wie schwer es gerade Ihrer Partei gefallen ist, diese Realität wirklich anzunehmen. Diese Ehrlichkeit verdient Anerkennung, verdient meinen Respekt.

Uns Sozialdemokraten ist dies ein wenig leichter gefallen. Wir haben deshalb schon seit Langem die politische Partizipation durch Teilnahme an der Kommunalwahl auch für Nicht-EU-Bürger auf unserer Agenda. Wenn wir Integration der Migranten und Migrantinnen einfordern, müssen wir ihnen

auch die Möglichkeit zur politischen Mitsprache am Wohnort ermöglichen.

Auch dass Bildung der Schlüssel zur Integration ist, ist überhaupt nicht neu. Ich erinnere an die vielen Maßnahmen, die in der Vergangenheit ergriffen worden sind. Ich nenne zum Beispiel die Einführung muttersprachlichen Unterrichts – ausgehend von der Erkenntnis, dass man Deutsch als Zweitsprache nur schwer erlernen kann, wenn man die Grammatik der Muttersprache nicht beherrscht. Ich denke an die Etablierung der RAAs, die noch heute wichtige und unverzichtbare Arbeit leisten.

Im Übrigen haben wir – das will ich durchaus selbstkritisch sagen – in der Tat nicht erwartet, dass wir jede Generation von Neuem mühselig an die deutsche Sprache heranführen müssen.

Ein zweiter zentraler Begriff war und ist der Integrationsbegriff selbst. Wir brauchen eine Verständigung darüber – das hat die Ministerpräsidentin in ihrer Regierungserklärung deutlich gemacht –, dass Integration nicht Assimilation bedeutet, dass Integration nicht Aufgabe der eigenen kulturellen Identität bedeutet.

Wenn Sie unsere Position immer abwertend mit „multikulti“ im Sinne von „Friede, Freude, Eierkuchen“ zu beschreiben versuchen, dann haben Sie unseren Ansatz bis heute nicht verstanden. Wie der Kollege Mostofizadeh gestern festgestellt hat, bedeutet „multikulti“, dass wir mit Respekt anderen kulturellen Identitäten als der unsrigen begegnen.

Wir erwarten aber auch die Bereitschaft, sich in unsere Mehrheitsgesellschaft zu integrieren. Dazu gehört, die Werte unserer Verfassung zu akzeptieren und sich an und in unserer Gesellschaft in unserer Sprache zu beteiligen.

Integration ist also keine Einbahnstraße. Beide Seiten müssen dazu bereit sein.

Hilfreich ist dabei die Sinus-Studie, in der der Zeitraum 2006 bis 2008 untersucht wurde. Lassen Sie mich daraus ein wichtiges Ergebnis zitieren. Dort wird festgestellt:

„Die im Integrationsdiskurs identifizierten Belege für Parallelkulturen, Integrationsdefizite bis hin zu Integrationsverweigerungen gibt es wirklich, aber sie sind nicht typisch für eine (ganze) Ethnie, sondern für Minderheiten, die sich in Milieus am unteren Rande der Gesellschaft finden.“

Wir sind also gut beraten, nicht zu pauschalieren und schon gar nicht Migrantinnen und Migranten generell zum Problem zu erklären. Im Land und auch hier im Parlament haben wir viele gute Beispiele von Menschen, die in unserer Gesellschaft angekommen sind. Wir müssen uns aber um diejenigen kümmern, die es aus eigener Kraft nicht schaffen.

Wie heißt es im „Spiegel“-Artikel?

„Denn der Weg der Integration in die Mitte der Gesellschaft ist der Bildungsweg, aber weil dieser Weg auch im Jahr 2010 für die meisten Ausländerkinder nicht weit führt, kommt die Integration ebenfalls nur langsam voran.“

Dabei sind wir bei dem wichtigsten Thema: Wie packen wir es an?

Gestatten Sie mir hier einen Schlenker. Ich finde, wir hätten den Namen Sarrazin hier gar nicht in den Mund nehmen sollen;

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

denn er bestreitet die Chance, dass es über Bildung eine Möglichkeit des Aufstiegs und der Beteiligung gibt. Er spricht den Migrantinnen und Migranten dies grundsätzlich ab. Daher sollten wir uns hier überhaupt nicht auf diesen Mann beziehen. An dieser Stelle hat er unsere Basis – unser aller Basis, denke ich – verlassen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Wir brauchen also mehr Geld für Sprachförderung und keine Kürzung der Bundesmittel für Sprachkurse. Wir brauchen Schulstrukturen, in denen individuelle Förderung möglich ist. Wir brauchen Schulen, in denen Kinder individuell gefördert werden. Nur dann, wenn diese Inklusion – nicht nur für Behinderte, sondern auch an dieser Stelle – möglich ist, wird es uns gelingen, positiv den Weg der Integration, den wir alle beschwören, auch wirklich gemeinsam zu beschreiten. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Ünal das Wort.

Arif Ünal (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Wochen wurde sehr viel über Menschen mit Migrationshintergrund gesprochen und eine hitzige Integrationsdebatte in allen Medien entfacht. Einerseits ist es natürlich erfreulich, dass dieses Thema wieder aktiv angegangen wird. Andererseits ist es mehr als bedenklich, in welcher Form diese Debatte sintflutartig in die deutsche Gesellschaft hineingetragen wurde.

Leider wurden die mehr als fragwürdigen Thesen von Herrn Sarrazin durch die gesamte deutsche Medienlandschaft gespült. Es wurde unter anderem muslimischen Einwanderern unterstellt, dass die sozialen und sonstigen Kosten ihrer Einwanderung weitaus höher ausfielen als der daraus fließende wirtschaftliche Erfolg. Diese These ist inhaltlich

überhaupt nicht haltbar und hinterlässt somit einen äußerst faden Beigeschmack.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Darüber hinaus wird allen türkischstämmigen sowie muslimischen Bürgern in Deutschland eine Integrationsfähigkeit pauschal abgesprochen. Diese Aussage wird sogar durch absurde Vererbungstheorien untermauert. Anstatt konkrete integrationsfördernde Maßnahmen und Lösungsvorschläge zu liefern, erreicht die aktuelle defizitorientierte Diskussion Stammtischniveau und geht völlig am Thema vorbei.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Herrn Sarrazin geht es nicht um erfolgreiche Integration. Mit dem pervers betriebenen Populismus ging es ihm nur darum, seine Bücher besser zu vermarkten. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist einfach nicht akzeptabel.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Kurz vor den Sommerferien wurden hier in Düsseldorf die Ergebnisse einer Studie von neun Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus verschiedenen Disziplinen vorgestellt. Es handelte sich um das Jahresgutachten „Einwanderungsgesellschaft 2010“ mit Integrationsbarometer. Diese Studie bestätigt, dass die Integration besser ist als ihr Ruf.

Die Integration der Einwanderer ist glücklicherweise ein Stück weiter als die momentane Debatte in der Bundesrepublik. Darüber wurde jedoch in den Medien kaum bis gar nicht berichtet. Wir alle wissen, dass Integrationsprozesse nie problemlos verlaufen. Dieser Prozess ist schwierig, langwierig und kompliziert. Daraus politisches Kapital zu schlagen, ist unerhört. Jeder muss seine Hausaufgaben machen: die Kommunen, die Politik und die Menschen mit Migrationshintergrund – einfach alle.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Dazu brauchen wir Herrn Sarrazin und seine Stammtischparolen nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

In diesem Zusammenhang sind gerade die Leute, die gestern behauptet haben, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, diejenigen, die am lautesten klagen, dass die Integration gescheitert sei. Wir Grüne hingegen wollen, wie auch im Koalitionsvertrag festgehalten wurde, integrationsfördernde Maßnahmen auf Landesebene einleiten. Alle Projekte im Schulbereich wie qualifizierte Sprachförderung, Ausbau der Familienzentren, interkulturelle Öffnung der sozialen Bildungseinrichtungen werden die Integration fördern, und das Integrationsgesetz wird einen konkreten Handlungsrahmen für die Kommunen ermöglichen.

Zudem gilt es, allen Bürgern die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt anzubieten. Leider ist das momentan nicht der Fall. Ein Bewerber mit einem ausländisch klingenden Namen muss im Vergleich zu seinem deutschen Mitbewerber durchschnittlich achtmal so viele Bewerbungen schreiben. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann und darf einfach nicht sein.

Wir alle wissen, wir haben in der Bundesrepublik mit einem Fachkräftemangel zu kämpfen. Es werden viele Anstrengungen unternommen, Fachkräfte aus dem Ausland zu akquirieren, da das Potenzial innerhalb unserer Landesgrenzen ausgeschöpft sei. Da ist es doch mehr als fahrlässig, gerade in Deutschland ausgebildete Fachkräfte und Akademiker mit Migrationshintergrund auszuschließen.

Dazu möchte ich mit Ihrer Erlaubnis einen kurzen Auszug aus einem Artikel in „SPIEGEL ONLINE“ vom 14. September zitieren:

„Neu aber ist, dass seit ein paar Jahren auch gut ausgebildete Migranten der zweiten und dritten Generation zurückkehren, weil sie bessere Berufschancen in der Türkei sehen. Deren Problem ist nicht ihre gescheiterte Integration, ...

Sie haben sehr gute Universitätsabschlüsse, internationale Erfahrungen, haben scheinbar alles richtig gemacht und kriegen trotzdem keinen Job.“

Diesen Trend gilt es zu stoppen und den gut ausgebildeten Menschen mit Migrationshintergrund Perspektiven zu bieten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist an der Zeit, nicht mehr defizitorientiert über Integration zu sprechen, sondern gemeinsam integrationsfördernde Maßnahmen zu ergreifen. Wir müssen endlich aufhören, die große Mehrheit der integrationswilligen und bereits integrierten Menschen schlichtweg zu ignorieren und erfolgreich integrierte Menschen als Ausnahmereischeinungen wahrzunehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Unser Land NRW kann als Vorbild für gelungene Integrationspolitik in Deutschland dienen, wenn wir uns darauf einigen, dass wir erstens Einzelfälle nicht generalisieren, zweitens diejenigen, die wenig können, nicht in die Sonderschule bzw. in die Förderschule abschieben, drittens schichtspezifische und soziale Probleme nicht ethnisieren und viertens soziale Abstiegsängste der Bevölkerung nicht schüren.

In diesem Sinne würde ich mich sehr freuen, wenn wir die Diskussion dazu nutzen könnten, gemeinsam unsere Zukunft zu gestalten und parteiübergreifend eine erfolgreiche Integrationspolitik voranzutreiben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Die Linke hat der Abgeordnete Atalan das Wort.

Ali Atalan (LINKE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man nicht wüsste, was die CDU und die FDP in der letzten Periode in NRW gemacht haben und was sie gegenwärtig auf Bundesebene anrichten, könnte man den Eindruck gewinnen, dass sie mit der beantragten Aktuellen Stunde im Sinne der Sache etwas Positives bewirken wollen. Ich begrüße es dennoch, meine Damen und Herren, dass wir heute zu diesem essenziell wichtigen Thema reden dürfen.

Die CDU – wenn ich wieder einmal auf die CDU Bezug nehmen darf – treibt derzeit offensichtlich stärker die Sorge um, dass eine Partei rechts von ihr gegründet werden könnte. Es kann nicht genug betont werden, meine Damen und Herren, dass aufgrund der Wichtigkeit und der Sensibilität der Problematik jede populistische Herangehensweise fehl am Platz ist. Davor kann ich nur warnen.

(Beifall von der LINKEN und von Bernhard von Grünberg [SPD] – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Die Thesen von Herrn Sarrazin sind völlig von Überlegenheitsgefühlen und intellektuellem Dünkel geprägt. Sie sind eindeutig auf sozialdarwinistischen und rassistischen Denkrichtungen aufgebaut.

(Beifall von der LINKEN und von Bernhard von Grünberg [SPD])

Erst waren die Erwerbslosen seine Opfer, nun sind es die Migranten. Seinen Thesen zufolge muss die Gesellschaft nach dem Nützlichkeitsprinzip aufgeteilt werden. Dann sollen die vermeintlich Unnützen aussortiert und schließlich neutralisiert werden. Diese unsägliche Ideologie kennen wir nur zu gut. Wir wären alle sehr gut beraten, liebe Kolleginnen und Kollegen, gegen derartige Tendenzen mit aller Entschiedenheit und Geschlossenheit vorzugehen.

(Beifall von der LINKEN und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Mir ist bewusst, dass die Konservativen leicht dazu neigen, durch rechtspopulistische Agitationen sogenannte neue Wählerschichten erschließen zu wollen.

(Armin Laschet [CDU]: Unsinn! – Weitere Zurufe von der CDU)

Vergessen wir nicht, dass manch kurzfristiger Nutzen langfristig erhebliche katastrophale Konsequenzen nach sich ziehen kann. Im Hinblick auf die laufende Diskussion um Sarrazin, meine Damen und

Herren, stellen wir als Die Linke fest, dass erstens die etablierten Parteien leider alle manchmal – ich nehme einige Personen aus – nicht konsequent gegen rassistische Denk- und Handlungsweisen vorgehen.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Zweitens. Die Frage der Integration – das haben wir feststellen müssen – kann nicht ausschließlich als eine Frage der Menschen mit Migrationshintergrund betrachtet und angegangen werden. In diesem Zusammenhang darf ich auf die verbreiteten Vorurteile und die zunehmenden Ausgrenzungstendenzen in der Gesellschaft gegenüber Minderheiten, Andersdenkenden oder Anderslebenden hinweisen.

Drittens. Seit Jahren kommt das Thema zwar zeitweilig und rudimentär auf die Tagesordnung, aber es wird nie seiner Wichtigkeit entsprechend bearbeitet und angegangen. Offensichtlich fehlen politische Ideen, konkrete Konzepte und Projekte.

Im Prinzip dürfte in diesem Hause ein Einvernehmen darüber vorherrschen, dass es völlig absurd ist, was Herr Sarrazin von sich gegeben hat. Er hat nämlich behauptet, dass die Armut und Erwerbslosigkeit der Menschen angeblich durch ihre Gene und vermeintlich angeborene Dummheit bedingt sei. Das ist, meine Damen und Herren, schlicht eine Pervertierung der Wissenschaft und der Lebenswirklichkeit.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Fakt ist, dass gesellschaftliche und individuelle Lebenslagen durch die ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse determiniert werden – nicht umgekehrt.

Die verarmende neoliberale Wirtschaftspolitik, das selektive Bildungswesen, die ausgrenzenden und diskriminierenden Strukturen in unserer Gesellschaft haben insgesamt gewisse Schichten in unserer Gesellschaft aussortiert und isoliert. Erschwerend hinzu kommt die politisch ignorante und arrogante Haltung der Konservativen.

Eine richtige und greifende Integrationspolitik setzt aus meiner Sicht zweifelsohne eine fundierte und gerechte Analyse der Lage voraus – objektiv, fair und zielorientiert, meine Damen und Herren, aber bitte nicht auf dem Rücken der Betroffenen.

(Beifall von der LINKEN)

Wenn man mit „Leitkultur“ operiert, darf es nicht wundern, dass darauf falsche, ja sogar gefährliche Reaktionen erfolgen können. Das ist nicht hinnehmbar. Eine Gesellschaft schafft sich nicht ab, wie behauptet, wenn sie kulturell vielfältiger wird, sondern wenn überhaupt kann sich eine Gesellschaft durch homogenisierenden und rassistischen Wahnsinn demontieren.

Wir brauchen auf diesem Feld ganz gewiss einen grundlegenden Paradigmenwechsel. Die Integration setzt auch die Einsicht voraus, dass die gesamte Politik ein Verständnis entwickelt, das die humanistischen Werte wie Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden und Weltoffenheit beinhaltet. Das sind die Werte, die verbinden und einen.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet.

Ali Atalan (LINKE): Wir in NRW als wichtigstem Bundesland können hierbei eine Vorreiterrolle übernehmen, indem wir gemeinsam mit Betroffenen und mit organisierten Kräften von Betroffenen dieses Thema konsequent angehen

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

und für eine solidarische und weltoffene Gesellschaft werben. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung hat Minister Schneider das Wort.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Karl-Josef Laumann ist leider nicht im Plenarsaal. Dennoch möchte ich ihm auch in Abwesenheit dafür danken, dass er gestern in zwei Politikbereichen eine parteiübergreifende Zusammenarbeit angeboten hat. Dazu gehört auch die Integrationspolitik.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Michael Aggelidis [LINKE])

Ich kann hier erklären, dass die Landesregierung bereit ist, die Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen zukünftig ohne parteipolitische Auseinandersetzungen, die dann prägend wären, zu gestalten. Wir wissen alle, dass es unterschiedliche Auffassungen gibt. Aber Integrationspolitik ist zu wichtig, als sie im parteipolitischen Hickhack untergehen zu lassen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich habe nicht die Absicht, dieses Thema angesichts der obskuren Thesen des Herrn Sarrazin zu behandeln. Man muss nicht über jedes Stöckchen springen, das einem hingehalten wird.

(Beifall von der SPD, von der LINKEN und von Daniela Schneckenburger [GRÜNE])

Integrationspolitik ist gerade in Nordrhein-Westfalen nichts Neues. Ich glaube auch nicht, dass, wie ein großes Nachrichtenmagazin schrieb, staatliche

Politik generell versagt hat. Ich glaube vielmehr, dass wir zu spät begonnen haben, uns über Integrationspolitik Gedanken zu machen und diese Gedanken zu realisieren.

Viele Jahre lang haben wir versäumt, darüber zu diskutieren, ob Deutschland nun wirklich ein Einwanderungsland ist oder nicht. Ich habe den Eindruck, dass viele Zeitgenossen, die heute über Defizite in der Integrationspolitik sprechen, immer noch identisch sind mit denjenigen, die nicht wissen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Natürlich haben wir große Herausforderungen in der Integrationspolitik zu bewältigen. Deshalb hat die Landesregierung das Thema „Integration“ institutionell und auch politisch aufgewertet. Integration ist gleichberechtigt in das Arbeits- und Sozialministerium und damit in ein klassisches Ministerium eingebettet worden.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Erstmals gibt es eine Staatssekretärin für Integration – jemanden, der am eigenen Leibe erfahren hat, was Integration bedeutet und was nicht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

– Herr Palmen, das sind natürlich wieder Kosten. Wir kennen die Diskussion. Wir sollten sie hier nicht führen.

Die Entscheidung, Arbeit, Soziales und Integration zusammenzuführen, war notwendig. Denn ohne den Zugang zu qualifizierter Ausbildung und guter Arbeit, ohne sicheres Einkommen und soziale Sicherheit kann Integration eben nicht gelingen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir brauchen Migration und Integration, meine Damen und Herren. Die kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung von Immigranten ist groß. Deshalb sind Menschen mit Migrationshintergrund keine Belastung, sondern auch kulturell und ökonomisch eine wichtige Bereicherung. Ich möchte nur einige Beispiele nennen:

Von 747.000 Selbstständigen in Nordrhein-Westfalen haben mittlerweile 17,3 %, also jeder Sechste, eine Zuwanderungsgeschichte. Sie leisten einen überaus wichtigen Beitrag zur Stärkung der heimischen Wirtschaft. Sie tragen dazu bei, dass Wohlstand gemehrt wird, und schaffen über eine Million Arbeitslose bzw. Arbeitsplätze

(Zurufe)

und verhindern damit einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in einem ganz erheblichen Ausmaß.

Natürlich kostet Integration Geld. Mangelnde Sprachkenntnisse, fehlende soziale Netzwerke, geringe

Bildungsabschlüsse und eine unzureichende Integration auf dem Arbeitsmarkt kosten den Staat bundesweit jährlich 16 Milliarden €

(Beifall von Bernhard von Grünberg [SPD])

Weil das so ist, wollen wir vorbeugen. Auch das gehört zu unserer finanzwirtschaftlichen Strategie. Wir wollen Kosten für unterlassene Integration verhindern.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, Integration ist eine Querschnittsaufgabe. Lassen Sie uns deshalb nicht Arbeit gegen Bildung ausspielen. Wir wissen doch alle, dass Bildung, dass das Erlernen der deutschen Sprache zentrale Voraussetzung jeder Integrationspolitik sind. Deshalb sage ich noch einmal: keine Spielereien. Der Bildungspolitik kommt natürlich eine äußerst wichtige Rolle zu.

Natürlich wollen wir schon im Kindergarten den Erwerb und das Beherrschen der deutschen Sprache sicherstellen. Herr Laschet, an dieser Stelle gibt es überhaupt keinen Dissens. Diesen Dissens sollten wir auch nicht in der Öffentlichkeit erzeugen wollen.

Arbeit ist genauso wichtig. Ich sehe hier keine Wertigkeit. Schauen Sie sich die Zahlen an: Fast 21 % der Menschen mit Migrationshintergrund und der Ausländer in Nordrhein-Westfalen sind arbeitslos. Die Quote bei den Deutschen betrug im Juli dieses Jahres 7,6 %. Deshalb werden wir uns natürlich bemühen, die Integration der Migranten auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und die Vermittlung in Arbeit zu stärken.

Wir wollen eine aktive und systematische Integrationspolitik. Deshalb streben wir eben ein Integrationsgesetz an. Es geht nicht um Projekte, es geht um Strukturen, die stimmen müssen. Wir wollen deshalb natürlich die Partizipation und die gesellschaftliche Beteiligung über das schon angesprochene kommunale Wahlrecht sicherstellen.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, Ihre Redezeit ist beendet.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Unsere Integrationspolitik beginnt von unten und ist nicht identisch mit allgemeiner Medienarbeit. Wir gehen zu den betroffenen Menschen, um die Probleme zu ergründen und Abhilfe zu schaffen. Dies wird auch im Mittelpunkt der nächsten fünf Jahre stehen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Laschet das Wort.

Armin Laschet (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in diesem Landtag seit 2001 einen großen Konsens, und deshalb war die Integrationsoffensive etwas, was über den letzten Regierungswechsel gehalten hat.

Dennoch müssen wir uns – und dazu war Ihr Beitrag gerade, Herr Minister Schneider, wenig hilfreich – vor Augen halten: Wenn ein Mann, ein Mitglied der SPD, ein jahrelanger Staatssekretär und Senator, der es in den Vorstand der Deutschen Bundesbank gebracht hat, ein Buch schreibt, das 400.000 Menschen kaufen, und wenn die Mehrheit der Menschen in Umfragen sagt „Der Mann hat recht“, dann müssen wir uns doch dieser Debatte stellen. Dann können Sie doch nicht sagen: „Ich springe nicht über jedes Stöckchen“, ihn ausschließen und das Thema totschweigen.

(Beifall von der CDU)

Unser Kernproblem besteht doch darin, dass zwar 90 % – ich auch – ihn kritisieren, dass die gesamte politische Klasse ihn kritisiert, aber die Menschen ein völlig anderes Gefühl haben. Dann wird eine Talkshow organisiert. Fünf Leute treten gegen Sarrazin an, und alle machen ihn nieder. Anschließend erfolgt eine Umfrage unter den Zuschauern, und 90 % sagen: Der hat recht. – Dieser Debatte müssen wir uns doch stellen, und deshalb ist es zu schwach, zu sagen: Ich springe nicht über jedes Stöckchen.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist völlig undifferenziert, was Sie hier sagen!)

Dann hat uns Herr Atalan hier darüber belehrt, dass das Rechtspopulismus ist. Ich weiß nicht, lieber Herr Atalan, ob Sie die Emnid-Umfrage kennen. Es wurde ermittelt, bei welcher Partei Herr Sarrazin die größte Zustimmung erfährt. Einen Großteil der Zustimmung findet er bei der Partei der Linken.

(Beifall von der CDU)

Es ist doch auch logisch, dass Ihre Wähler

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Doch nicht bei der Partei! Das ist doch nicht die Partei Die Linke!)

am ehesten Herrn Sarrazin wählen würden. Er ist nämlich genauso populistisch wie Die Linke. Sie machen doch immer mit dummen Sprüchen Politik.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist doch nicht die Partei!)

– Herr Sagel, Ihre Empörung hier ist völlig unangemessen. Denn Ihre Partei hat jahrelang mit diesem Herrn Sarrazin in Berlin regiert. Herr Sarrazin ist

kein Konservativer. Herr Sarrazin ist einer, der mit Kommunisten koalitiert hat, und auch das müssen wir in dieser Zeit einmal sagen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Dr. Carolin Butterwegge [LINKE]: Bauen Sie die Mauer doch wieder auf! – Bärbel Beuermann [LINKE]: Herr Laschet, ich habe noch ein Stückchen Mauer! Das können Sie haben!)

In der Regierungszeit mit Ihnen war er Finanzsenator. Er hätte doch die Bildungschancen in Berlin erhöhen können. Bis heute ist Nordrhein-Westfalen das einzige deutsche Bundesland, das verpflichtende Sprachtests für Vierjährige eingeführt hat. Warum macht denn Ihre Koalition in Berlin, die Herrn Sarrazin als Senator hatte, nicht endlich Ernst mit Integrationsfortschritten für Kinder?

(Beifall von der CDU – Zurufe von der LINKEN)

Also, etwas mehr intellektuelle Auseinandersetzung mit Herrn Sarrazin täte dieser Debatte gut!

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Ja, von Ihnen auch! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Wir brauchen Förderung und keine Sprachtests!)

– Ich weiß, dass Sie getroffen sind, Herr Sagel. Herr Sarrazin war nämlich Ihr Koalitionspartner und nicht unser Koalitionspartner. Ein Christdemokrat würde nie so reden, wie Herr Sarrazin redet. Auch das ist wahr.

(Beifall von der CDU und von der FDP- Stefan Zimkeit [SPD]: Was ist mit Frau Steinbach?)

– Ich habe nicht gehört, dass sich Frau Steinbach über Migranten geäußert hat.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Populismus pur!)

Auch da ist unser Stil, Debatten zu führen und nicht auszuschließen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Pure Angst vor der rechten Partei!)

Sie schließen den früheren Ministerpräsidenten Wolfgang Clement aus.

(Heike Gebhard [SPD]: Nein, er ist freiwillig ausgetreten!)

Jetzt schließen Sie den Bundesbanker und früheren Finanzsenator aus. Wen wollen Sie denn noch alles aus der SPD ausschließen, wenn er mal eine andere Meinung vertritt?

(Beifall von der CDU – Zurufe von der LINKEN)

Der Bezirksbürgermeister Buschkowsky, mit dem ich schon manche kritische Debatte geführt habe, ist ein Mann der Basis. Er arbeitet in Neukölln,

(Heike Gebhard [SPD]: Jetzt offenbaren Sie das eigentliche Ziel dieser Aktuellen Stunde!)

und er hat Ihnen davon abgeraten, ihn auszuschließen. Denn sonst treiben Sie immer mehr Leute in die Arme von Rechtspopulisten,

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Sie arbeiten doch mit denen zusammen!)

wenn Sie die Probleme nicht ansprechen und ihn ausgrenzen, statt ihn einzubeziehen und sich mit ihm auseinanderzusetzen.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie spalten jetzt hier!)

– Herr Sagel, es ist Ihr Koalitionspartner und nicht meiner. Herr Sagel, entspannen Sie sich.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Gestern so eine Rede von Ihrem Fraktionschef! Er hat gesagt, wir sollen integrativ zusammenarbeiten!)

– Das tun wir auch. Sie koalieren doch mit Herrn Sarrazin und nicht ich.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Und heute spalten Sie!)

Also, jetzt kommen wir zu dem, was uns in diesem Hause eigentlich eint.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Ist ja nett, dass Sie dazu kommen!)

– Wie bitte?

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Geht es jetzt inhaltlich weiter?)

– Entspannen!

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Uns eint in diesem Hause, dass wir die Öffentlichkeit gewinnen wollen, dass wir dafür werben wollen ...

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Tolle Werbung! – Weitere Zurufe von der LINKEN)

– Entschuldigung. Sie werden dieses Land zum Integrationsland Nummer eins nur machen und dies auf Dauer nur aufrechterhalten können, wenn Sie auch Debatten mit Herrn Sarrazin führen und nicht so tun, als würde niemand in diesem Land so denken. Integrationsarbeit ist nämlich Überzeugungsarbeit.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Aber doch nicht auf diese Art und Weise!)

Sie müssen die Menschen mitnehmen: sozialdemokratische Wähler, christdemokratische Wähler, Linken-Wähler, liberale Wähler, Grünen-Wähler. Denn überall findet Herr Sarrazin Zustimmung.

Wir müssen erreichen, dass wir die Menschen mit den richtigen Argumenten gewinnen. Das können wir zusammen schaffen – aber nicht durch Aus-

grenzung, Parteiausschluss und solche Lächerlichkeiten, wie Sie sie heute hier vorgetragen haben.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Laschet, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche: Frau Abgeordnete Asch möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Armin Laschet (CDU): Ich meine, in der Aktuellen Stunde sind Zwischenfragen nicht zulässig.

(Zurufe: In der Aktuellen Stunde gibt es keine Zwischenfragen!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ach so, Entschuldigung.

Armin Laschet (CDU): Gerne würde ich – wie immer – die Zwischenfrage von Frau Asch zulassen, aber das ist leider nicht möglich.

Was sieht der Konsens aus, den wir hier seit 2001 haben? – Der Konsens besteht darin, dass das Thema aus der parteipolitischen Auseinandersetzung herausgehalten wird, weil alle Fehler gemacht haben.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Das hätten Sie einmal tun sollen!)

– Ich habe die Linke nicht einbezogen, weil sie eine populistische Partei ist.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Der einzige Populist heute sind Sie hier!)

Insofern warten wir erst einmal ab, Herr Zimmermann.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: So einfach ist das!)

Wenn Sie hier so reden, wie es Herr Sagel die letzten fünf Jahre getan hat, dann wird es mit dem Konsens schwierig. Sie sind eingeladen, an dem Konsens, der bisher bestand, auch durch konstruktive Arbeit mitzuwirken.

Unsere Aussage war, dass Aufstieg für jedes Kind, unabhängig von der Herkunft der Eltern, möglich sein soll, dass jeder seinen Platz haben muss, dass im öffentlichen Dienst Zuwanderer ihren Platz finden müssen. Das sind genau die Dinge, mit denen wir begonnen haben. Wenn wir das zum Erfolg bringen wollen, muss das Teil sein. Eine letzte Bemerkung:

(Zuruf von Michael Aggelidis [LINKE] – Weitere Zurufe von der SPD und von der LINKEN)

– Ich setze mich mit Herrn Sarrazin auseinander. Er war auch nicht mein Koalitionspartner. Deshalb brauchen Sie hier gar nicht so rumzubrüllen.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie müssen ihm Argumente entgegensetzen.

Jetzt komme ich zu etwas, was auch gut wäre. Herr Atalan hat eben gesagt: Das ist nicht nur ein Thema für Migranten, das ist ein Thema für die gesamte Gesellschaft.

(Beifall von der LINKEN)

Dem stimme ich ausdrücklich zu.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Nein, besser nicht, bitte nicht!)

Ich füge aber auch hinzu, was dann nicht geht, nämlich dass die neu ernannte Staatssekretärin in der „Hürriyet“ sagt – sie kritisiert die Ernennung von Armin Laschet und Thomas Kufen –: „Warum ich mich, weil meine Haare schwarz sind“ – das kann ich nicht ganz erkennen –, „herabgesetzt fühle, können Herr Laschet und Herr Kufen nicht wissen.“ – Das ist genau die alte Sprachregelung, diese Arroganz, zu behaupten: Weil ich Migrant bin, kann ich besser über das Thema reden. – Das dient unserem Land nicht. Wir alle müssen über dieses Thema reden und dürfen nicht solche Sprüche machen.

(Beifall von der CDU – Gunhild Böth [LINKE]: Aus unserer Perspektive! – Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Das ist die alte Taktik, die nicht mehr aufgeht. Man muss in türkischen Medien reden wie in deutschen Medien, Frau Staatssekretärin. Die türkischen Medien werden glücklicherweise heute auch von Deutschen gelesen. Sie werden übersetzt, sie werden wahrgenommen.

Deshalb sage ich Ihnen: Reden Sie in türkischen Medien wie in deutschen Medien! Machen Sie es zum Thema der gesamten Gesellschaft! Dann können wir auch hier im Landtag gemeinsam Integrationspolitik gestalten.

(Anhaltender Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war der Abgeordnete Laschet für die Fraktion der CDU. – Ich darf aus aktuellem Anlass darauf hinweisen, dass mein Husten auch etwas damit zu tun hat, dass sich die Redezeit dem Ende zuneigt bzw. schon zu Ende ist. Es wäre sinnvoll, die verabredeten Redezeiten annähernd einzuhalten.

Ich darf als nächstem Redner für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Kollegen Yüksel das Wort zu seiner ersten Rede in diesem Haus geben. Bitte schön.

Serdar Yüksel (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Laschet, als ich Ihnen gerade zugehört habe, dachte ich, wie schlecht muss es um seine Bewerbung für den Landesvorsitz stehen, dass er dieses Thema nutzt,

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

sich in einer Art und Weise hier zu äußern, die Ihnen und Ihrer Arbeit, die Sie in den letzten Jahren geleistet haben, sehr unwürdig war.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Weder der Artikel, den Sie zum Anlass nehmen, heute eine Aktuelle Stunde zu beantragen, noch Ihr Redebeitrag sind dazu geeignet, in der Frage der Integration in Nordrhein-Westfalen weiterzukommen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ich stehe hier als Kind der zweiten Generation, bin in Deutschland geboren. Es erfüllt mich auch mit Stolz. Es sollte uns alle in Nordrhein-Westfalen, alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit Stolz erfüllen, dass wir nicht nur Probleme haben, sondern dass wir inzwischen so weit sind, dass es in Nordrhein-Westfalen auch Abgeordnete mit Migrationshintergrund gibt, die sich direkt äußern können,

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

und dass wir, verehrte Kolleginnen und Kollegen, nicht übereinander, sondern miteinander reden. Zu diesem Miteinander gehört das, was Sie gerade im zweiten Teil Ihrer Rede ausgeführt haben: dass wir die Ansätze, die wir im Jahre 2001 in Nordrhein-Westfalen mit auf den Weg gebracht haben, ernst nehmen.

Herr Laschet, ich habe Sie ein paar Mal erlebt. In Ihrer letzten Rede vor der Wahl haben Sie schon fast fließend Türkisch geredet. Insoweit sind Sie jemand – das erkenne ich wirklich an –, der atmosphärisch und zumindest in den letzten fünf Jahren bei den Migrantenselbstorganisationen sehr viel bewegt hat. Umso enttäuschter bin ich, dass Sie diese Rede, die Sie eben gehalten haben, hier halten mussten.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Natürlich gibt es die gelungenen Integrationsbeispiele. Wir sollten unsere Augen nicht davor verschließen, dass es in den letzten Jahrzehnten in bestimmten Bereichen tatsächlich keine Integrationsfortschritte gegeben hat.

Es gehört übrigens kein Buch oder viel Mut dazu, andere Leute zu beschimpfen und dadurch eine

Auflage von 400.000 zu erreichen, aber es gehört Klarheit darüber dazu, dass man die Dinge in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen benennen darf. Und das tut auch jeder von uns. Denn wir haben natürlich auch erhebliche Probleme. Niemand hat hier Redeverbot. Niemand hat gesagt, dass man die Probleme, die wir nach wie vor in Nordrhein-Westfalen haben, nicht aussprechen darf.

Herr Solf, Sie haben hier als Erstes das Thema „Salafisten in Mönchengladbach“ angeführt. – Die muss man gar nicht mehr integrieren. Das sind zum Teil Deutsche. Der Chef von denen ist Pierre Vogel. Er ist Deutscher. Insofern ist das doch keine Frage der nicht gelungenen Integration.

(Zuruf von Michael Solf [CDU])

Das macht mir auch große Sorge. Wir sprechen bei den Migrantinnen und Migranten immer von Herkunftssprache, Herkunftsland. Aber die Probleme in dem Bereich betreffen doch diejenigen, die schon in der dritten Generation in Deutschland sind, zum Teil Eltern haben, die in Deutschland geboren sind.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen die Begrifflichkeiten nicht durcheinanderbringen, wenn wir von Herkunftsland und Herkunftssprache sprechen. Es sind Duisburger, es sind Dortmunder, es sind Bochumer, es sind Kölner, es sind Nordrhein-Westfalen, und es sind Deutsche. Es ist unser aller Problem und die Herausforderung aller, etwas zu tun.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Herr Laschet, ich gebe Ihnen völlig recht: Nicht jeder Migrant kann wahrscheinlich zu dem Thema Migrationspolitik sprechen und ist ein ausgewiesener Experte – genauso wenig wie ein Zitronenfalter jeden Tag Zitronen faltet. Insofern ist das unser aller Aufgabe. Da haben Sie völlig recht.

Ich habe auch den Eindruck, dass diese Regierungskoalition und diese Ministerpräsidentin diese Aufgaben sehr ernst nehmen. Das sehen Sie nicht nur am Zuschnitt des Ministeriums und an der Aufwertung des Themas „Integration“ dadurch, dass wir für dieses Feld nicht mehr einen Integrationsbeauftragten, sondern eine Staatssekretärin – dazu noch mit Migrationshintergrund – haben, sondern auch an der Aussage von Hannelore Kraft in ihrer Regierungserklärung, dass wir ganzheitlich denken. Insoweit sitzen hier zehn Integrationsminister und eine Integrations-Ministerpräsidentin, weil wir nämlich unsere Aufgabe ganzheitlich sehen und ernst nehmen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Was ist mit dem Finanzminister?)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bin in den 80er- und 90er-Jahren politisch sozialisiert worden. Ich kann mich an Gegebenheiten aus den 90er-Jahren erinnern, die uns allen noch vor Augen stehen. Wenn man zurückblickt, haben wir tatsächlich alle zehn Jahre so einen Ausbruch von unqualifizierten Beiträgen, die uns immer wieder ereilt haben, aber auch von schlimmen Ereignissen, auch in Nordrhein-Westfalen.

Ich habe nicht vergessen, dass es Anfang der 90er-Jahre in Mölln, Hoyerswerda und Solingen ganz schlimme Brandanschläge gab, dass wir in Nordrhein-Westfalen und ganz Deutschland eine Atmosphäre hatten, in der sich Leute ermächtigt gefühlt haben, Andersdenkende und Andersaussehende mit Molotowcocktails anzugreifen. Unsere Eltern haben uns zu dieser Zeit, als wir Kinder waren, nicht nach draußen geschickt, und wir mussten zu bestimmten Zeiten zu Hause sein, weil sie Angst um uns hatten. Bei manchen Leuten stand ein Eimer neben der Heizung, damit sie, falls jemand einen Molotowcocktail reinwerfen würde, schnell hätten löschen können. In so einer Atmosphäre haben wir gelebt.

Wir haben 1999 erlebt, dass durch Rot-Grün erstmals ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht entwickelt worden ist, man die Wirklichkeiten ernst genommen hat und dass es eine Unterschriftenkampagne in Hessen gab, die Gott sei Dank nicht von allen in der CDU unterstützt worden ist. Ich erinnere mich an führende Christdemokraten, die sich damals dieser Unterschriftenkampagne verweigert haben.

Ich denke, unsere gemeinsame Aufgabe ist, bei dem Thema „Integrationspolitik“ und „Migrationspolitik“ nicht in Träumereien zu verfallen. Aber ich bitte Sie auch, bei diesem Thema wirklich keine Angst zu haben. Ich bin davon überzeugt: Wenn der gute Wille da ist, wenn wir das Thema tatsächlich gemeinsam ernst nehmen, Herr Laschet, und es aus der parteipolitischen Polemik – auch, wenn man zukünftig Landesvorsitzender werden will – heraushalten, dann bin ich wirklich guter Dinge, dass wir bei dem Thema weiterkommen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Johannes Rau hat in seiner Rede, als er als Bundespräsident kandidiert hatte, einen bemerkenswerten Satz gesagt, der bei mir persönlich hängen geblieben ist. Er hat gesagt: In Artikel 1 des Grundgesetzes steht nicht „Die Würde des Deutschen ist unantastbar“, sondern „Die Würde des Menschen ist unantastbar“.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Und wenn wir, verehrte Kolleginnen und Kollegen, diesen Satz ernst nehmen, dann haben wir eine gute Grundlage – eine Grundlage, die auf unserer

guten Verfassung fußt, eine Grundlage, die das friedliche Zusammenleben auch der Völker in Nordrhein-Westfalen fördert. Dann, da bin ich mir sicher, können wir alle vielleicht in ein paar Jahren sagen: „Wir alle sind Nordrhein-Westfalen, auch diejenigen, die einen Migrationshintergrund haben.“ – Danke sehr.

(Anhaltender Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Yüksel. Ich gratuliere auch zu Ihrer ersten Rede in diesem Haus. – Ich darf als Nächstes der Frau Abgeordneten Düker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort geben. Bitte schön, Frau Kollegin.

Monika Düker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Laschet, Sie haben zu Recht gefragt, warum die Thesen und dieses Phänomen Sarrazin auf soviel Zustimmung in der Bevölkerung stoßen. Ihre Rede heute, Herr Laschet, hat dazu einen großen Beitrag geleistet; das will ich Ihnen sagen.

(Armin Laschet [CDU]: Wieso das denn? Wieso das denn? – Zurufe von der CDU)

Es war – Kollege Yüksel hat es richtig formuliert – eine Bewerbungsrede im Rahmen Ihrer internen Auseinandersetzung mit Herrn Röttgen bei der Bewerbung für den Parteivorsitz. Es war keine Rede, in der Sie sich Ihrer Verantwortung als Parlamentarier dieses Hauses gestellt haben, einen konstruktiven Beitrag zur Lösung der Probleme, die wir in der Tat haben, zu leisten.

(Armin Laschet [CDU]: Antworten Sie doch mal Sarrazin! Der ist doch Sozialdemokrat!)

Denn eines der größten Probleme in der Integrationspolitik ist, dass diese Politik einer ganz unruhlichen, negativen Konjunktur unterliegt. Erinnern Sie sich an die Rütli-Debatte 2006. Da hatten wir denselben Ausschlag. Ich habe diesen Vorgang noch einmal aus meinem Hängeordner geholt. Die Überschriften – fast die gleichen wie jetzt –: starke Sprüche, mit Multikultigesäusel muss endlich aufgehört werden, wir brauchen mehr Sanktionen, die Leitkulturdebatte.

Ja, und es gab damals – daran will ich Sie erinnern, Herr Laschet – auch andere, die sich in dieser Phase aus den politischen Lagern aufeinander zu bewegt haben. Es gab einen Herrn Schäuble, der in dieser Situation gesagt hat: Der Islam ist ein Teil Deutschlands. – Ein schlichter Satz, aber ein wichtiger Satz, der meint: „Wir akzeptieren diese multikulturelle“

(Zuruf von der CDU)

– jawohl, dieses Wort darf man sagen! –, „diese multiethnische und die multireligiöse Gesellschaft.“ Sie ist Fakt, und mit der müssen wir umgehen.

Und es waren Sie als Integrationsminister, der 2006 in dieser aufgeheizten Debatte – ich will Sie an Ihre eigenen Zitate erinnern – in einem Interview der „Berliner Zeitung“ gesagt hat: Aber auch in der Politik in Deutschland haben wir zu spät mit der Integration angefangen. Die Union hat zu spät erkannt, dass wir ein Einwanderungsland sind und eine Einwanderungspolitik brauchen. – Diese Selbstkritik, diese selbstkritische Reflexion, die Sie damals in Ihre eigene Partei hineingebracht haben, waren Handlungsgrundlage für einen Konsens, den es auch hier im Parlament gab. Und von dieser Linie haben Sie sich heute mit Ihrer Rede verabschiedet, und ich bedaure das sehr, Herr Laschet.

(Beifall von den GRÜNEN – Armin Laschet [CDU]: Wo denn? Wo denn?)

Ich bedaure das sehr; denn der Vorwurf, der hier pauschal erhoben wird – da hätten alle geschlafen und man warte nur auf den nächsten Ehrenmord, um dann gemeinsam wieder aufzuwachen –, der stimmt ja nicht.

(Zuruf von der CDU)

Schauen Sie es sich doch mal an – das ist doch auch in Ihrer Amtszeit passiert –, was in den Kommunen gelaufen ist: Integrationskonzepte, Umstellung von Verwaltungsstrukturen, indem in vielen Kommunen Integrationspolitik Chefsache geworden ist, Einrichtung von Stabsstellen bei den Oberbürgermeistern.

Und unser nächstes Ziel ist es, im Landtag gemeinsam ein Integrationsgesetz zu verabschieden, das genau diesen Prozess weiter steuert.

Und – das ist natürlich richtig – wir alle im Landtag müssen uns fragen, warum sich trotz eines bundesweiten Bevölkerungsanteil der Menschen mit Migrationshintergrund von 20 % – in NRW sind wir bei fast 25 % – diese Einwanderungsgesellschaft zum Beispiel nicht in unserem öffentlichen Dienst widerspiegelt, wo nur 2 % bis 2,5 % Angestellte mit Migrationshintergrund arbeiten. Warum klappt das in der Nationalelf überproportional und warum klappt das im öffentlichen Dienst nicht? Warum klappt das nicht bei den Banken und Versicherungen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Bei der Polizei – ich will das deutlich sagen – liegt diese Quote durch gezielte Werbemaßnahmen weit höher. Aber auch dort ist sie noch viel zu niedrig.

Damit müssen wir uns beschäftigen. Und da helfen uns irgendwelche dämlichen Sanktionsdebatten bezüglich Integrationsverweigerer überhaupt nicht weiter,

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN)

denn da sind wir beim Dreh- und Angelpunkt in der Integrationspolitik: und das ist und bleibt die Bildungspolitik. Hier muss sich einiges tun, denn wir haben – und das ist Fakt – ein selektives Bildungssystem, in dem die Menschen mit ihren Schwächen und ihrem Förderungsbedarf nicht ausreichend mitgenommen und gefördert werden. Denn – auch das muss uns als Politikern zu denken geben –: In der Hauptschule ist jeder fünfte Jugendliche einer mit einem ausländischen Pass, am Gymnasium nur jeder zwanzigste. Bei den Migranten haben wir eine doppelt so hohe Schulabbrecherquote. – Das sind die Hausaufgaben, die wir im Parlament machen müssen.

Sprechen wir von einem Defizit, dann handelt es sich dabei um ein Defizit in unserem Bildungssystem, das es nicht schafft, alle mitzunehmen, das zu viele zurücklässt, zu wenige am Bildungserfolg teilhaben lässt. – Das sind die Hausaufgaben, die wir machen müssen. Dafür brauchen wir Herrn Sarrazin weiß Gott nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich will es noch einmal ganz klar sagen: Die wirre These, dass Mehmet dümmer als Max ist, ist Schwachsinn in Tüten. Das hilft in dieser Debatte überhaupt nicht weiter.

Ich will noch einen Vertreter aus einer anderen als unserer Partei zitieren, der das schon sehr früh erkannt hat. Das war Heinz Kühn, der spätere Ministerpräsident. Schon 1979 hat er als erster Integrationsbeauftragter der damaligen Bundesregierung in seinem ersten Bericht genau dies gesagt:

(Armin Laschet [CDU]: Aber keiner hat auf ihn gehört!)

Unser Bildungssystem muss versuchen, diese Menschen zu besseren Bildungsabschlüssen zu bringen. – Seit 1979 sind viele Jahre vergangen.

Diese Regierung wird – das ist in der Regierungserklärung und in der Debatte deutlich geworden – genau dieses Thema angehen und Schritt für Schritt für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen. Eine Bildungsgerechtigkeit ist die beste Integrationspolitik für dieses Land. Dafür brauchen wir Ihre Rede nicht, Herr Laschet, dafür brauchen wir auch Herrn Sarrazin nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war Frau Abgeordnete Düker für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Hafke das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Marcel Hafke (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin über die Debatte hier im Hause schon überrascht. Ich habe in dieser Debatte extrem viel Unkonkretes gehört und eigentlich nur Vorwürfe von links nach rechts. Ich finde eine solche Debatte unheimlich schwierig, wenn man nicht anfängt, die Gesamthematik zu diskutieren. Wir haben in Nordrhein-Westfalen und Deutschland insgesamt, glaube ich, viel Gutes in der Integration erreicht. Man muss aber auch Probleme benennen, um sie hinterher lösen zu können.

Ich darf einmal bei Ihnen von der rot-grünen Minderheitsregierung anfangen. Herr Minister, Sie müssen liefern. Sie können nicht einfach nur irgendwelche plakativen Forderungen aufstellen, sondern Sie müssen uns aufzeigen, wohin Sie gehen wollen.

(Beifall von der FDP)

Herr Minister, Sie haben eben keinen einzigen konkreten Vorschlag unterbreitet. Sie haben gesagt, Sie wollen ein Integrationsgesetz auf den Weg bringen. Was soll denn dort drinstehen? Schwarz-Gelb hat wenigstens den Mut zu sagen, dass es Probleme gibt und dass wir anfangen müssen. Schwarz-Gelb hat auch erkannt, wo die Probleme sind.

In der Bildungspolitik gibt es Probleme. Wir müssen bei den Kleinsten und bei den jungen Menschen anfangen, um die Probleme zu lösen. Wir müssen die Sprachförderung verbessern. Deswegen haben wir doch verbindliche Sprachtests vorgeschrieben.

Wir haben versucht, dort die ersten Probleme zu lösen. Ich erwarte heute auch von Ihnen, dass Sie hier zum ersten Mal einen konkreten Vorschlag bringen. Das haben Sie meines Erachtens noch nicht gemacht.

(Beifall von der FDP)

Herr Atalan, wenn Sie hier solche meines Erachtens einfachen Reden halten, lösen Sie keines der Probleme, die Sie benannt haben. Herr Laschet hat es angesprochen: Sie regieren in Berlin. Berlin ist, glaube ich, die Stadt mit den größten Integrationsproblemen in Deutschland. Von diesem Rednerpult aus dann einfach nur zu kritisieren, ist etwas einfach. Ich wünsche mir konkrete Lösungsvorschläge.

Meine Damen und Herren, ich möchte einige Punkte auflisten, bei denen Integration sehr gut funktioniert. Sie wurden hier noch nicht erwähnt.

Ich habe in einem Bericht gelesen, dass in Deutschland 88.000 selbstständige türkische Unternehmer 380.000 Mitarbeiter beschäftigen. Wir haben 587.000 Selbstständige mit Migrationshintergrund. Das sind 2,5 Millionen Jobs, die Menschen mit Migrationshintergrund geschaffen haben. Das heißt: Wir haben große Perspektiven und Chancen, wenn wir Zuwanderungspolitik und Integrationspolitik richtig anfangen.

Deswegen möchte ich einen Vorschlag, den Stefan Romberg eben eingebracht hat, konkretisieren: Wir können Integration nur vernünftig und über Perspektiven hinbekommen, wenn wir in der Bildungspolitik anfangen. Schwarz-Gelb hat schon vorgeliefert. Das müssen wir noch ausbauen.

Wir sollten deswegen über den Bereich der frühkindlichen Betreuung und Erziehung ausführlicher diskutieren. Wir sollten über eine Migrationspolitik für alle Kinder im Sinne eines Miteinanders diskutieren. Wir sollten schauen, dass möglichst vielen Kindern ein Kindergartenbesuch ermöglicht und ihnen gegebenenfalls ein Bildungsgutschein für ein kostenfreies Kindergartenjahr zur Verfügung gestellt wird, und zwar nicht am Ende der Kindergartenzeit, sondern vielleicht schon am Anfang oder zwischendrin, um ihnen eine Chance zu eröffnen, früh an Bildung teilzuhaben, damit sie an unserer Gesellschaft von vornherein partizipieren können.

Sprache ist der Schlüssel zu allem. Darüber haben wir heute sehr wenig diskutiert, sondern nur sehr viele Vorwürfe erhoben. Ich würde mir wünschen, dass wir dieses Thema später vertiefen. Bildung ist der Schlüssel! – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP sowie vereinzelt von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war der Abgeordnete Hafke für die Fraktion der FDP. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Die Linke Frau Abgeordnete Dr. Butterwegge das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Danke. – Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte, die hier geführt wird, und insbesondere der Redebeitrag von Herrn Laschet waren die Höhe des Populismus und heuchlerisch.

(Beifall von der LINKEN)

Meine zentrale These lautet: Die Migrationspolitik der vergangenen Jahrzehnte und die Integrationsdebatten, die geführt worden sind und die wir heute wieder führen – insbesondere die Art und Weise, wie sie die rechtskonservativen Parteien geführt haben – und die daraus abgeleiteten Forderungen haben den fruchtbaren Boden für die große Resonanz bereitet, auf den Sarrazins Thesen in der Bevölkerung jetzt fallen.

(Beifall von der LINKEN – Armin Laschet [CDU]: Das ist doch ein Linker!)

Das möchte ich begründen. Lassen Sie uns die Migrationspolitik der vergangenen Jahrzehnte anschauen. Das ist eine Migrationspolitik, die spaltet, den roten Teppich für Zuwanderer ausrollt, die uns nützen, die Abschottungspolitik gegen Zuwanderer praktiziert, die uns ausnützen. – Ich zitiere Günter Beckstein.

Diese spaltende und ökonomisierende Art der Migrationsdebatte ist der Kern des Problems. Ihre Partei fördert die Elitenmigration und wehrt die Elendsmigration ab.

(Armin Laschet [CDU]: Das war ein rot-grünes Gesetz!)

Ein Beispiel: Die Neuzuwanderung soll vor allem auf Hochqualifizierte ausgerichtet werden. Das sind jene, die unser Wirtschaftsstandort braucht. Gegenüber den Flüchtlingen und den Asylsuchenden, gegenüber denjenigen, die unsere Hilfe brauchen, wird Abschottungspolitik, wird Restriktionspolitik praktiziert.

(Beifall von der LINKEN)

Diese Menschen speisen wir mit Sachleistungen, mit Lebensmittelgutscheinen ab. Ich kann Rot-Grün davon leider nicht ausnehmen, denn auch NRW schiebt diese Menschen – wie zuletzt vor einigen Wochen die Roma – in den Kosovo ab.

(Beifall von der LINKEN)

Es ist das zentrale Problem, dass eine gespaltene Migrationspolitik betrieben wird. Sie bereitet den Boden dafür, dass solche Thesen auf Resonanz stoßen.

Dem stehen zentrale Herausforderungen gegenüber, die schon mehrfach benannt wurden: Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Ausländerrecht, Staatsangehörigkeitsrecht. Es stehen jede Menge Themen an; darum müssen wir uns kümmern.

Ich komme noch einmal auf den Rassismus des Herrn Sarrazin zurück. Der erste Kern des Rassismus à la Sarrazin ist die pauschale Abwertung von Menschengruppen aufgrund von Herkunft und Religion. Dieser Rassismus verstößt gegen unsere zentrale Grundrechtsnorm, gegen die Menschenwürde, nach der jeder Mensch als ein Individuum angesehen und bewertet werden muss.

(Beifall von der LINKEN)

Der zweite Kern des Rassismus ist die Einordnung von Menschengruppen nach ökonomischen Kriterien. Diesen finde ich besonders in der von den Unionsparteien geführten Debatte.

(Zurufe von der CDU)

Nicht der Wirtschaftsstandort, sondern der Mensch mit seinen Rechten muss im Mittelpunkt stehen.

(Beifall von der LINKEN)

Ein dritter Kernpunkt der Debatte ist die Frage, wie weit Meinungsfreiheit gehen kann. Herr Romberg hat es eben gesagt. Er sagte, es muss erlaubt sein, Missstände zu benennen. Ich sehe das ebenso. Der Tenor der öffentlichen Debatte ist im Moment aber der, dass alles sanktionslos behauptet werden kann. Ich bin der Auffassung, dass die Grenzen der Meinungsfreiheit dort sind, wo sie

andere Menschen – zum Beispiel Minderheiten – in ihren Grundrechten und Menschenrechten verletzt.

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von der LINKEN: Bravo!)

Die derzeitige Kontroverse zwischen Frankreich und der EU-Kommission ist ein sehr schönes Beispiel dafür.

Zur Integrationspolitik des Herrn Laschet, der eben seine Krallen gezeigt hat, nachdem er fünf Jahre lang auf Samtpfötchen gelaufen ist, möchte ich mich jetzt nicht auslassen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Meine Güte!)

Ich halte sie für eine prestigeträchtige Art von Politik, die im Prinzip nichts an den zentralen Problemen gelöst hat.

Ich komme jetzt noch einmal zu dem zentralen Problem der Armut und der sozialen Ausgrenzung, der sozialen Benachteiligung von Migranten. Das ist der Kern der Debatte, auf den wir uns konzentrieren müssen.

Die Armut von Migranten wird nicht von Migranten muslimischen Glaubens importiert, sondern vom kapitalistischen Wirtschaftssystem selbst und von einer falschen Regierungspolitik hierzulande produziert.

(Beifall von der LINKEN)

Schuld an der zunehmenden Spaltung in arm und reich sind also nicht im Niedriglohn- und Transferleistungsbereich konzentrierte Zuwanderer, sondern die nationalen Eliten, die ihrerseits eine Parallelgesellschaft bilden, wenn sie Luxusquartiere bewohnen, sich mit privaten Sicherheitsdiensten abschotten usw.

Ich wiederhole: Die zentrale Herausforderung sind Veränderungen im Bildungssystem. – Das bisherige System sortiert Kinder schon im Vorschulbereich aus. Es stellt Kinder von der Einschulung zurück und steckt sie in Sonderschulen. Migrantenkinder müssen höhere Leistungen bringen als einheimische Kinder, um eine Gymnasialempfehlung zu bekommen. Das alles sind Selektionsstufen, die wir angehen und um die wir uns kümmern müssen.

Frau Düker hat es mir eben vorweggenommen. Heinz Kühn hat dazu schon 1979 das Nötige gesagt. Er hat eine Anerkennung der faktischen Einwanderung gefordert.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

– Ich komme zum Schluss. Einen Punkt möchte ich aber noch ausführen. – Herr Kühn hat gesagt, wir brauchen ein Recht auf Einbürgerung für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder. Wir brauchen ein kommunales Wahlrecht nach längerem Aufenthalt. Wir müssen die rechtli-

che und tatsächliche Gleichstellung von Ausländern vorantreiben. – Die zentralen Herausforderungen für eine erfolgreiche Integrationspolitik sind bis heute nicht umgesetzt. Es gibt viel zu tun. Packen wir es an.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Dr. Butterwegge. – Als nächster Redner hat Minister Schneider für die Landesregierung das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Laschet, ich befürchte, wenn Sie noch mehrere Reden dieses Inhalts und dieses Stils halten, ...

(Armin Laschet [CDU]: Was denn?)

Wenn Sie noch mehrere Reden dieses Inhalts und dieses Stils halten, ...

(Armin Laschet [CDU]: Was denn? – Zuruf von der CDU: Kommen Sie doch mal zur Sache!)

– Ich komme ja zur Sache. Nun warten Sie doch einmal ab. Bleiben Sie ein bisschen ruhig. Mir fällt das ja schon schwer, mein Gott.

(Beifall von der SPD)

Bei weiteren Reden dieser Art droht Gefahr für Ihr Lebenswerk.

(Beifall von der SPD – Armin Laschet [CDU]: Was denn?)

Ich verstehe nicht, warum wir uns nicht ganz vernünftig und mit parlamentarischem Ernst der Diskussion über Integrationspolitik stellen wollen.

(Armin Laschet [CDU]: Was ist die Kritik?)

Ich benötige dazu nicht Herrn Sarrazin.

(Armin Laschet [CDU]: Das ist doch Ihr Mitglied!)

– Es kommt doch nicht darauf an, wessen Mitglied wo gesprochen hat. Dazu könnte ich Ihnen auch vieles über Ministerpräsident Koch und seine Unterschriftenaktion erzählen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

So langsam reicht es. Tun wir uns das nicht an.

Ich will nur einige Bemerkungen machen. Im Verhältnis zu anderen Ländern um uns herum hat dieses Land ausländerpolitische Initiativen gestartet, die sich sehen lassen können. Wir haben keine 30 % Rechtsextremisten im Nationalrat, wie es in Österreich der Fall ist.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Gott sei Dank!)

Wir haben keine Entwicklungen wie in Belgien oder in den Niederlanden.

Herr Laschet, wenn es um Radikalisierungen in diesem Bereich geht, ist die politische Gesäßgeografie wenig hilfreich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mit rechts und links hat das wenig zu tun. Es hat auch nichts mit Mitgliedschaften in Parteien und in politischen Organisationen zu tun.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Hören Sie zu, Herr Laschet!)

Es ist gefragt worden, was die Landesregierung konkret machen will. Wir werden unser Integrationsgesetz sehr frühzeitig einbringen und zur Diskussion stellen. Wir werden so schnell als möglich Religionsunterricht für Moslems ermöglichen. Dazu sind ganz konkrete Vorarbeiten im Schulministerium schon geleistet. Wir werden den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst steigern, zum Beispiel über das Projekt der anonymisierten Bewerbung.

Das alles sind sehr konkrete Maßnahmen, die uns weiterhelfen – jedenfalls mehr als eine losgelöste Diskussion über einen Buchautor. Wir könnten uns wunderbar über diesen Mann an anderer Stelle auseinandersetzen. Ich glaube, er gehört nicht ins Parlament.

Einige Anmerkungen zur Vergangenheit muss ich schon machen. Als die Konservativen noch darüber diskutiert haben, ob dieses Land ein Einwanderungsland ist, und als das noch eine tabuisierte Frage war, haben Sozialdemokraten Sprachförderung eingeführt.

(Beifall von der SPD – Armin Laschet [CDU]: Wo denn?)

Man kann das wunderbar nachvollziehen. Da lassen wir uns auch nichts anhängen.

(Michael Solf [CDU]: Das war unser Antrag, den die SPD abgelehnt hat! – Weitere Zurufe)

– Schauen Sie einmal weiter zurück, dann werden Sie sehen, was wahr und was nicht wahr ist.

(Michael Solf [CDU]: Herr Schneider, wir hatten den Antrag gestellt! – Unruhe)

Wenn Herr Laschet zum Beispiel den Vorschlag für einen Vorschulunterricht gemacht hat, muss ich Sie fragen: Warum haben Sie ihn denn nicht bis zum 9. Mai 2010 eingeführt?

(Beifall von der SPD und von der LINKEN – Fortgesetzt Unruhe)

Auch in diesem Politikfeld werden Sie solche Fragen immer wieder zu hören bekommen.

Noch eine Bemerkung hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit meiner, unserer Staatssekretärin. Ich glaube, in der Tat ist es schon ein Unterschied, ob man Diskriminierung und Stigmatisierung am eigenen Leib erlebt hat oder ob man davon intellektuell zur Kenntnis genommen hat.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Das ist schon ein großer Unterschied. Es ist nämlich ein Unterschied, ob Sie am Hochofen waren oder ob Sie das nur studiert haben. Und ich nehme mich da gar nicht aus.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Deshalb sollte man solche Äußerungen nicht so hoch schrauben. Einmal spüren und erleben ist besser als tausend Mal hören und sehen. Ich sage Ihnen jetzt nicht, von wem das Zitat ist; denn dann komme ich wieder eine bestimmte politische Ecke.

Ich biete Ihnen noch einmal die Zusammenarbeit in diesem zentralen Bereich der Integrationspolitik an. Herr Laumann hat gestern bemerkenswerte Äußerungen zu diesem Thema gemacht.

(Zustimmung von der LINKEN)

Warum vergiften Sie also am heutigen Vormittag das Klima in diesem Zusammenhang?

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Ich kann es mir schon denken. Darauf ist ja hingewiesen worden.

Noch einmal: Die Landesregierung und die sie tragende Koalition sind zur Zusammenarbeit bereit, ohne politische Unterschiede zu übertünchen. Aber das Thema ist zu wichtig und zu wertvoll, um es auf diesem Niveau und in diesem Stil abzuhandeln. Das reicht nicht für eine ordentliche parlamentarische Beratung. – Danke schön.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Schneider.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Gute Rede, Gunt-ram!)

Als nächste Wortmeldung liegt nun eine des Abgeordneten Laschet für die Fraktion der CDU vor, der hiermit das Wort erhält. Bitte schön, Herr Kollege.

Armin Laschet (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Wortbeitrag eben war völlig eindeutig.

(Rüdiger Sagel [LINKE] und Hans-Willi Körfges [SPD]: Leider! – Weitere Zurufe)

– Hört doch einmal zu! – Die Integrationspolitik geht weiter. Übrigens hat das mit Landesvorsitz überhaupt nichts zu tun; denn bei jeder Regionalkonferenz sagen Norbert Röttgen und ich im gleichen Tonfall, dass das, was hier der Sozialdemokrat Sarrazin geschrieben hat, nämlich über Gene Menschen zu definieren,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Jetzt diskriminieren Sie den Norbert Röttgen nicht auch noch!)

mit christdemokratischem Denken nicht vereinbar ist. Das sagen wir klipp und klar auf jeder Regionalkonferenz.

(Beifall von der CDU – Karl Schultheis [SPD]: Zur Sache! – Weitere Zurufe)

Aber wir sagen dazu genauso – das hat mich an der Äußerung des Ministers oder an der Debatte gestört –, dass man, wenn ein Mann, egal wer er ist, wo er herkommt oder was auch immer, in Deutschland ein Buch schreibt, das 400.000 Leute in zehn Tagen kaufen, wahrscheinlich aber keiner liest, und wenn der „Spiegel“ und der „Focus“ in der gleichen Woche das Buch zum Titelthema machen, nicht sagen kann: Ich springe nicht über jedes Stöckchen. Man darf den Namen gar nicht erwähnen. Wir reden nicht darüber. – Vielmehr muss man das ernst nehmen. Und das war das, was ich hier klipp und klar vorgetragen habe.

(Beifall von der CDU)

Und dann wird es schärfer, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn eine Partei wie Die Linke, die mit diesem Herrn Sarrazin jahrelang an einem Kabinetttisch gegessen hat,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Jetzt hören Sie doch endlich auf! Was ist denn mit Herrn Koch? Reden Sie über Ihre eigene Partei! – Özlem Alev Demirel [LINKE]: Haben Sie keine anderen Argumente, Herr Laschet! – Karl Schultheis [SPD]: Reden Sie zur Sache! – Weitere Zurufe)

dann am lautesten über Rechtskonservatismus und Ähnliches redet.

(Beifall von der CDU – Bärbel Beuermann [LINKE]: Dann müssen Sie den Mund halten!)

Sie haben das geringste Recht; denn Sie haben diesen Mann jahrelang als Partner gehabt. Das war die Aussage. Das müssen Sie sich dann auch gefallen lassen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Dann müssen Sie auch nicht darüber reden!)

– Lieber Herr Sagel, ich rede, worüber ich möchte. Das passt Ihnen nicht, wenn Sie sich hier so hinstellen und über den Rechtskonservatismus, den Rechtspopulismus und den Kapitalismus reden und gleichzeitig zugeben müssen, dass Sie regiert ha-

ben, dass Sie gekürzt haben, dass Sie nichts für Bildung in Berlin gemacht, dass also da, wo Die Linke regiert, die Migranten die schlechtesten Bedingungen haben.

(Beifall von der CDU – Karl Schultheis [SPD]:
Kommen Sie zur Sache!)

Das ist die Berliner Situation. Das passt Ihnen nicht, aber das ist so.

(Gunhild Böth [LINKE]: Keine Ahnung!)

Deshalb, lieber Herr Kollege Schneider, würde ich Sie bitten, an dem einen Thema ...

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist wieder so eine Spalter-Rede!)

– Ja, mit Ihnen möchte ich mich gerne spalten, weil ich mit Ihnen nicht in einem Boot sitzen will. So einfach ist das.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie spalten die Gesellschaft! Das ist der Unterschied! – Fortgesetzt Unruhe)

In einem, lieber Herr Minister Schneider,

(Andrea Asch [GRÜNE]: Die Rede ist doch eher eine Bewerbung!)

möchte ich Sie ermutigen, weil das bisher noch nicht gelungen ist. Sie sind jetzt Vorsitzender der Deutschen Integrationsministerkonferenz. Nordrhein-Westfalen ist seit 2007 bis heute das einzige Land, das verpflichtende Sprachtests für Vierjährige hat – übrigens gegen den energischen Kampf der damaligen Opposition aus SPD und Grünen.

(Christian Möbius [CDU]: Genau so! – Widerspruch von den GRÜNEN)

– Doch, Sie haben dagegen gekämpft, dass das im Schulgesetz steht, dass das Lehrer machen müssen, weil es nur so verpflichtend ist.

(Zuruf von Gunhild Böth [LINKE] – Weitere Zurufe von der LINKEN)

– Frau Kollegin Böth, es reicht nicht, wenn Sie die Kinder in den Kitas testen. Denn das Problem sind die, die gar nicht erst in der Kita sind. Die erreichen Sie nur, indem Sie den Sprachtest verpflichtend machen.

(Beifall von der CDU und von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Das war der Kerngedanke, und ich würde Sie ermutigen, die anderen Länder dazu anzuregen, das Gleiche zu tun. Sonst werden wir alle paar Wochen wieder neue Sarrazins haben. Und alle fangen dann wieder an und sagen: Ja, jetzt müssen wir was tun.

(Gunhild Böth [LINKE]: Der Test ändert doch überhaupt nichts! Die Förderung ist das Problem!)

– Liebe Frau Kollegin Böth, zwei Dinge sind wichtig: erstens das Fördern.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Gut, sehr gut!)

CDU: 7 Millionen, nachher 28 Millionen; Berliner Senat, Rot-Rot: gekürzt bei der Sprachförderung. Das ist der erste Unterschied.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das stimmt so auch nicht!)

Das Zweite ist aber: Sie müssen die Kinder auch erreichen. Das kriegen Sie nur durch die Verpflichtung, zum Sprachtest zu kommen, hin.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das hat Ihr Landesparteitag abgelehnt!)

Genau das haben wir 2007 eingeführt. Gegen das Geschrei von Frau Asch, gegen Rot-Grün haben wir es durchgesetzt. Das ist der Unterschied.

(Lebhafter Beifall von der CDU und von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Insofern ist Integrationspolitik immer konkret.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Lassen Sie demnächst lieber Herrn Laumann reden!)

Ich habe die Hoffnung, insbesondere nach dem Wortbeitrag des Kollegen Yüksel, dass wir in den Fraktionen zu einem Konsens kommen und die Integrationsoffensive so fortsetzen können.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Jetzt auf einmal doch!)

Im Konkreten sind wir nah beieinander.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ach!)

Aber wir müssen auch die Debatte mit denen, die populistisch reden, führen, ob die von der Linken kommen oder ob die Sarrazin heißen. Wir müssen sie führen und dürfen uns nicht wegducken.

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP – Bärbel Beuermann [LINKE]: Wir lassen uns nicht in einen Topf werfen! Jetzt ist es aber gut!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Meine Damen und Herren, das war der Abgeordnete Laschet für die Fraktion der CDU. – Für die Fraktion der SPD hat nun Frau Abgeordnete Altenkamp das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Britta Altenkamp (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Gestern hat der Herr Fraktionsvorsitzende der CDU bei seiner Reaktion auf die Regierungserklärung von Frau Ministerpräsidentin Kraft gesagt, es gebe drei Themenfelder, bei denen die CDU anbieten würde, dass es nicht zu parteilichen Auseinandersetzungen

kommt. Das eine war das Thema Inklusion, und das andere war das wichtige Thema Integration.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Genau!)

Deshalb, Herr Laschet, bin ich umso verwunderter, dass Sie diese Aktuelle Stunde, die Sie beantragt haben, in Ihrer Rede dazu nutzen, es sich ganz einfach zu machen und zu sagen: Sarrazin ist eben auch für Die Linke ein Problem. Erst im zweiten Teil Ihres Wortbeitrags haben Sie gesagt, dass wir alle darüber diskutieren müssen. Aber zunächst einmal sind Sie in einen parteitaktischen und parteistrategischen Reflex verfallen, vor allem weil von der Linken Zwischenrufe kamen.

Herr Laschet, solange Sie das nicht unterlassen, wird Ihnen niemand das Angebot wirklich abnehmen, dass Sie über Integrationspolitik eben nicht parteistrategisch diskutieren wollen, sondern mit allen gemeinsam. Denn auch Die Linke ist ein Teil dieses Parlaments.

(Armin Laschet [CDU]: Sie wollen doch nicht Die Linke verteidigen!)

Und die linken Wählerinnen und Wähler sind ein Teil der deutschen und nordrhein-westfälischen Gesellschaft, ob Ihnen das gefällt oder nicht.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Deshalb können Sie nicht Integrationsdiskussionen führen, indem Sie zunächst einmal Exklusion im politischen Raum betreiben.

(Armin Laschet [CDU]: Doch!)

Das funktioniert nicht, Herr Laschet, und ist auf keinen Fall glaubwürdig.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Ihre Strategie ist heute überaus deutlich geworden. Wenn es dann einen langen Applaus Ihrer Fraktion gibt, wird doch deutlich, was hier passiert. Hier wird innerparteilicher Wahlkampf gemacht. Ich verstehe das; das ist auch alles in Ordnung.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Das dicke Pfund, das Sie als Person Armin Laschet haben, der für den Parteivorsitz der NRW-CDU kandidiert, ist, dass Sie glaubwürdig Integrationspolitik gemacht haben. Das ist das dicke Pfund, und auf diesem Parkett wollten Sie heute auch in Richtung der eigenen Partei tanzen. Aber das, Herr Laschet, macht natürlich durchsichtig, worum es Ihnen bei der Aktuellen Stunde gegangen ist. Es ist eine Aktuelle Stunde, beantragt von der CDU für die CDU. Das, Herr Laschet, macht aber wiederum eines deutlich: Es geht Ihnen nicht wirklich um eine Integrationsdiskussion, sondern es geht Ihnen im Moment darum, in die Überschriften und in die Artikel zu kommen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Dann, Herr Laschet, musste ich, die ich mit Ihnen über viele Jahre seit an Seit bei der Integrationspolitik auch gestritten habe, lesen, dass Sie der Auffassung sind, dass Herr Sarrazin nicht aus der SPD ausgeschlossen werden sollte.

Ich will Ihnen erklären, warum ich und viele andere in meiner Partei anderer Auffassung sind. Denn es geht nicht darum, dass Herr Sarrazin Diskussionen über Integrationspolitik geführt hat, sondern die Grundthese von Herrn Sarrazin ist, dass Intelligenz vererbbar ist, sodass es an bestimmten Stellen überhaupt keinen Sinn macht, Bildung an die Migrantinnen und Migranten der zweiten und dritten Generation zu bringen, weil da sowieso Hopfen und Malz verloren ist, da sie unterprivilegiert und vor allen Dingen dumm sind. Das, Herr Laschet, ist der Grund, warum wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die wir uns in unserer Parteigeschichte dafür eingesetzt haben, dass Aufstieg durch Bildung möglich wird, der Auffassung sind, dass Herr Sarrazin in unserer Partei nichts mehr verloren hat.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Denn ein Mensch, der so denkt, hat mit der sozialdemokratischen Grundhaltung und den Grundwerten nichts zu tun und im Übrigen auch mit dem christlichen Menschenbild nicht. Das ist der Punkt.

(Beifall von Heike Gebhard [SPD])

Jetzt will ich Ihnen noch einen kurzen Satz zu dem Thema sagen, dass Bildung der Schlüssel ist. Ja, das stimmt. Aber was hat denn Schwarz-Gelb in den letzten fünf Jahren gemacht? Sie haben das KiBiz eingeführt. Das ist hochselektiv: Arme Eltern haben nicht die Möglichkeit, ihr Kind so lange in die Kita zu schicken, wie es nötig wäre.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Darüber hinaus haben Sie diese Sprachtests eingeführt. Aber Sie haben sich nie eine Sekunde darum gekümmert, ob die Kinder erstens nach dem Test tatsächlich eine bessere Sprachförderung bekommen und ob sie zweitens auch besser deutsch sprechen. Das hat Sie nie interessiert.

(Armin Laschet [CDU]: Doch!)

Eine Evaluierung dieses Systems gibt es nicht.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Sie haben ein Schulgesetz gemacht, dass das Oben und das Unten klar regelt. Sie haben die Gymnasien ganz oben hingestellt und haben dafür gesorgt, dass immer weniger Kinder, auch mit Migrationshintergrund, das Gymnasium besuchen und einen hohen Abschluss machen können. Das ist Ihre Politik gewesen.

(Lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Dann kommen zur Krönung am Ende noch Studiengebühren obendrauf. Was ist das für eine Bildungspolitik?

(Zuruf von Armin Laschet [CDU] – Sören Link [SPD]: Davon haben Sie doch überhaupt keine Ahnung!)

Sie haben die soziale Spaltung gerade im Bildungsbereich verstärkt. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU] – Weitere Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Meine Damen und Herren, das war Frau Abgeordnete Altenkamp für die Fraktion der SPD. – Nun hat für die Landesregierung Frau Ministerin Löhrmann das Wort.

(Fortgesetzt Unruhe)

Ich gebe ausdrücklich den Hinweis, dass Frau Ministerin jetzt das Wort hat. Es wäre eine höfliche und auch eine der parlamentarischen Kultur angemessene Geste, hier eine Geräuschkulisse einzuhalten, die es der Rednerin ermöglicht, ihre Gedanken vorzutragen. – Bitte sehr, Frau Ministerin.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Laschet, Ihre Rede hat auch bei mir einen bestimmten Anschein erweckt. Es war mein erster Impuls, bevor der junge Kollege mit einer wunderbaren ersten Rede, wie ich finde, reüssiert hat.

Sie haben sich nicht nur um das Thema gekümmert, sondern Sie sind sehr lautstark eingestiegen und haben Parteiaustritte zum Beispiel der SPD vorgehalten. Was hat der Parteiaustritt von Herrn Clement mit der Sarrazin-Debatte und der von Ihnen beantragten Aktuellen Stunde zu tun?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Bei Ihnen treten ja auch schon mal Leute aus oder setzen sich kritisch damit auseinander, was ...

(Armin Laschet [CDU]: Die werden aber nicht ausgeschlossen! – Ministerin Barbara Stefens: Aber das ist dann ihre Sache!)

Herr Clement hat, glaube ich, selbst die Konsequenzen gezogen.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben doch versucht, diese Diskussion dafür zu nutzen, der SPD einen mitzugeben. Das war zumindest mein Eindruck von der Regierungsbank aus.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Dass dann der Eindruck naheliegt, dass Sie das für Ihre parteipolitische Auseinandersetzung im Ringen um ein Amt nutzen wollen, ist doch völlig in Ordnung.

(Fortgesetzt Zurufe von der CDU – Vizepräsidentin Angela Freimuth bittet um Ruhe.)

Wenn Sie auf Entwicklungsprozesse beim Thema „Sprachförderung“ hinweisen, ist mir wichtig, noch einmal darauf aufmerksam zu machen, dass wir mit dem Thema „Sprachförderung“ schon vor 2002 begonnen haben. Ich meine mich zu erinnern, weil ich damals selbst mit Kollegin Behler verhandelt habe, dass wir 1,2 Millionen DM – damals noch – eingestellt haben und diese Mittel aufwachsend immer wieder gesteigert worden sind.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Sie haben das sehr deutlich fortgesetzt, und das haben wir auch immer begrüßt.

Inzwischen haben wir in NRW dadurch einen Stand erreicht, der sehr positiv zu bewerten ist. Das zeigt, dass dieses Parlament das insgesamt so sieht und es für wichtig hält, dass Sprachförderung stattfindet, und zwar so früh wie möglich. Es gibt neuere Studien, die sagen, wir müssten im Grunde noch früher anfangen. Das ist vernünftig, und wir sollten in den Haushaltsberatungen gemeinsam dazu beitragen, dass das weiter gesichert ist.

Was ich nicht verstehe und als unangemessen empfinde, ist, dass Sie sagen: Sprachförderung ist dann besser, wenn sie von Lehrerinnen und Lehrern vorgenommen wird.

(Armin Laschet [CDU]: Nein! Tests!)

Vielmehr kommt es darauf an, dass Eltern das tun, dass Eltern ihren Kindern vorlesen, dass das Erzieherinnen im Kindergarten und Lehrerinnen und Lehrer in Grundschulen und in weiterführenden Schulen tun. Darauf kommt es doch an.

(Beifall von Sören Link [SPD])

Spielen wir doch nicht verschiedene Berufsgruppen, die Sprachförderung für Kinder betreiben, gegeneinander aus. Und das tun Sie immer wieder.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Darauf hat Frau Altenkamp zu Recht hingewiesen. Wenn Sie das so lautstark betonen, dann wollen Sie der jetzigen Regierung ja Vorwürfe machen. Dann kommen Sie, Herr Laschet, an einem Punkt nicht vorbei:

(Zuruf von Manfred Palmén [CDU])

dass die Regierung, der Sie angehört haben, beim Thema „Bildungsaufstieg“ mit dem Schulsystem, wie Sie es bis heute verteidigen, dazu beigetragen

hat, dass Kindern mit Zuwanderungsgeschichte der Bildungsaufstieg verwehrt ist.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Der abgewählte Ministerpräsident Rüttgers hat in einem freigegebenen Zitat in einer Zeitung sinngemäß gesagt – dazu habe ich Sie als Minister in einer Fragestunde befragt, und es war Ihnen unangenehm –: Wir können doch die Hauptschule nicht abschaffen. Denn wohin sollen sonst die Kinder mit Migrationshintergrund gehen?

Dieses Denken ist der beste Beleg dafür, dass wir an dem Bildungssystem arbeiten müssen, weil eine solche Haltung dem Anspruch von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte, wobei wir in unserem eigenen Interesse gut beraten sind, zu deren Erfolg beizutragen, bessere Bildungsabschlüsse zu machen, nicht weiterhilft.

(Zuruf von Ilka von Boeselager [CDU])

Deswegen würde ich mir wünschen, dass wir im weiteren Fortgang als Parlament miteinander, aber auch als Regierung Zweierlei tun: dass wir erstens den Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gegenüber eine Haltung, eine Kultur der Wertschätzung zum Ausdruck bringen, um ihnen zu zeigen, dass sie dazu gehören – das drückt sich auch in Rechten aus, zum Beispiel im Wahlrecht –, dass wir sie herausfordern und fördern

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

und dass wir zum Zweiten – darauf hat Kollege Schneider hingewiesen – daran arbeiten, die vielen guten Beispiele, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, zu systematisieren, ob das die Regionalen Arbeitsstellen sind, ob das die Ansätze von Sprachförderung, von Unterstützung sind.

Ich glaube, es ist der entscheidende Punkt, dass wir ohne Scheuklappen, ohne Tabus systematisch am Bildungsaufstieg arbeiten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Warum wir uns über Herrn Sarrazin ärgern – egal, welche Partei –, ist doch, dass er so tut, als bedürfe es seines Aufschlags und seines Buches, damit wir darüber reden. Das ist doch falsch. Wir ringen hier seit mindestens zehn Jahren darum, wie wir das mit der Integration besser machen können.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Deswegen: Werten wir Herrn Sarrazin doch nicht auf! Sie fragen völlig zu Recht: Warum schreibt er jetzt ein solches Buch? Er hätte doch als Finanzsenator und gestaltender Politiker etwas machen können. Dass sich die SPD darüber beklagt, finde ich nachvollziehbar. Deswegen: Legen wir Herrn Sarrazin beiseite, und arbeiten wir gemeinsam an Lösungen für die Kinder mit Zuwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die erste **Aktuelle Stunde schließe**.

Somit kommen wir zur zweiten Aktuellen Stunde:

2 **Geheimvertrag der Bundeskanzlerin mit der Atomwirtschaft gefährdet Sicherheit und ruiniert Wettbewerbsfähigkeit der Stadtwerke**

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/169

In Verbindung mit:

Geheimer Atomdeal der Bundesregierung zu- lasten Dritter

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/170

Und:

Atomkraft abschaffen: Laufzeitverlängerung verhindern – Keine Milliardengeschenke an Atomkonzerne

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/129

Sowie:

Atomkurs der Bundesregierung stoppen – am Atomausstieg festhalten

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/142

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/193

Die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben mit Schreiben vom 13. September 2010 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu dem erwähnten aktuellen Thema der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Auch die Fraktion Die Linke hat mit Schreiben vom 13. September 2010 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zum genannten aktuellen Thema der Landespolitik eine Aussprache beantragt.